Solidaritätspreis 3,– DM

VORAN

Zeitung der SAV
Sozialistische Alternative

Gegenwehr, Solidarität, Sozialismus 1,– DM

VORAN Nr. 228 Oktober 2001

Keine weiteren Opfer
STOPPT
DEN KRIEG

Die Bilder des brennenden und einstürzenden World Trade Centers haben uns alle schokkiert und sprachlos gemacht. Der Tod von tausenden unschuldigen Menschen – von Angestellten, Putzfrauen, Kellnerinnen und Touristen, von Passagieren, Piloten und Stewardessen – macht uns traurig und wütend.

Doch die politische Reaktion der amerikanischen und der deutschen Regierung macht uns nicht minder wütend.

Wir drucken hier die Rede, die Sascha Stanicic, SAV-Bundessprecher, für verschiedene sozialistische Organisationen auf der Berliner Antikriegsdemonstration am 22. September 2001 gehalten hat

Die geplanten Militärschläge, ein möglicherweise viele Monate oder Jahre dauernder Krieg – in dem, um den stellvertretenden US-Verteidigungsminister zu zitieren, „*ganze Länder ausgelöscht*“ werden könnten – werden zu vielen tausenden weiteren unschuldigen Todesopfern führen, werden die Not und das Elend von Millionen Menschen vergrößern und sie werden die Gefahr des Terrorismus nicht mindern, sondern viele Menschen im arabischen Raum in die Arme der bin Ladens und anderer religiöser Fanatiker treiben.

Verwandeln wir unsere Wut in Widerstand. Schaffen wir gemeinsam eine internationale Bewegung gegen diesen möglichen Krieg. Aber vergessen wir dabei nicht, dass eine friedliche und sichere Welt nur möglich ist, wenn die sozialen, ökonomischen und politischen Ursachen für Terrorismus und Krieg beseitigt werden.

Ursachen bekämpfen

Wenn wir die Terroranschläge mit aller Entschiedenheit ablehnen, so müssen wir auch die Frage stellen: Wo kommt die Verzweiflung und der Hass her, der Menschen in die Arme religiöser Fanatiker treibt und sie zu Selbstmordattentätern macht. Armut, Ausbeutung, soziale Ungerechtigkeit und Ungleichheit sind diese tiefere Ursache.

Eine Welt, in der täglich 50.000 Kinder verhungern, drei Milliarden Menschen von weniger als zwei US-Dollar am Tag leben und gleichzeitig ein Bill Gates jeden Tag eine Million Mark ausgeben könnte und vierhundert Jahre bräuchte, um sein Vermögen loszuwerden; multinationale Konzerne weltweit zu Hungerlöhnen arbeiten lassen; eine Welt, die von einem System beherrscht wird, was zur völligen Dominanz durch die reichen industrialisierten Staaten führt, muss Hass und Verzweiflung und damit die Grundlage für individuellen Terror hervorbringen.

Und eine Welt, in der der militärisch-industrielle Komplex von Konzernen wie DaimlerChrysler – dessen Umsatz der Wirtschaftsleistung Indonesiens entspricht – und EADS die größte Wirtschaftsmacht ist, in der Multis um Rohstoffe und Märkte kämpfen – eine solche imperialistische Welt muss auch Kriege hervorbringen.

Antikriegsbewegung international aufbauen

Wir ziehen daraus eine Schlussfolgerung: Brot statt Bomben! Bekämpfung der Ursachen statt Bombardierung von Unschuldigen!

Eine Antikriegsbewegung muss auch und vor allem gegen die gesellschaftlichen Ursachen von Terror und Krieg Sturm laufen. In der Bewegung gegen die kapitalistische Globalisierung, die in den letzten zwei Jahren unter anderem die Stationen Seattle, Prag, Göteborg und Genua durchlaufen hat, sehen wir einen wichtigen Bündnispartner für unsere Bewegung gegen einen Krieg. Millionen Menschen haben begonnen, das kapitalistische Profitsystem in Frage zu stellen und sind auf die Straße gegangen. Die Reichen und Mächtigen nutzen die Betroffenheit und Angst der Menschen auch aus, um diese Bewegung zu diskreditieren und zu kriminalisieren. Wenn in der US-Zeitung International Herald Tribune geschrieben steht, dass „*eine Dämonisierung der USA und Welthandelsorganisation in einem gewalttätigen Zusammenhang plötzlich den Umfang eines möglicherweise mörderischen Unternehmens*“ habe, so soll das die Bewegung gegen die kapitalistische Globalisierung in einem terroristischen Licht erscheinen lassen. Diese Bewegung ist schon eine weltweite Bewegung und dieser Krieg wird einen weltweiten Charakter mit weltweiten Auswirkungen haben. Kommen wir zusammen! Und gehen wir gemeinsam weiter – hin zu einer Gesellschaft, die nicht von wenigen hundert privaten multinationalen Konzernen, von der Diktatur des Profits beherrscht wird, sondern die Bedürfnisse der Menschen und der Umwelt in den Mittelpunkt stellt. Rosa Luxemburg hat vor vielen Jahren einmal die historische Alternative in der Frage „*Sozialismus oder Barbarei*“ zusammengefasst. Diese Frage ist heute aktueller denn je.

Nein zu Bundeswehreinsätzen

Die Entschließung des Bundestags vom vergangenen Mittwoch kommt der Vorbereitung eines Bundeswehreinsatzes in einem kommenden Krieg gleich. Wir lehnen diese Haltung ab und verurteilen sie als Vorbereitung zum Massenmord! Wir begrüßen die Ablehnung dieser Entschließung durch die PDS, aber an die Adresse von Herrn Gysi gerichtet, der sich für begrenzte Militärschläge ausgesprochen hat, sage ich: ein bisschen Krieg gibt es nicht, Herr Gysi! Wir rufen die antimilitaristische PDS-Basis auf, diesen Ideen die Grenzen aufzuzeigen, sonst müssen wir nach den Grünen die nächste Partei beobachten, die ihre Prinzipien schneller über Bord wirft, als man sich in seinen schlimmsten Albträumen vorstellen kann.

Für Massenmobilisierung und Streiks!

Wir brauchen eine Bewegung von vielen, von Massen. Nur Druck von unten, aus den Betrieben, Hochschulen, Nachbarschaften und Schulen kann die Kriegsmaschinerie noch stoppen. Wie in Genua gegen die kapitalistische Globalisierung müssen Hunderttausende auf die Straße. Gestern haben sich in Berlin Schülerinnen und Schüler versammelt, die einen Schülerstreik gegen den Krieg vorbereiten. Wenn die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sich daran ein Beispiel nehmen und ihre ganze potenzielle Macht in die Waagschale werfen, kann die Kriegsmaschine zum Stillstand gebracht werden. Die Gewerkschaftsführung muss ihrer Verantwortung nachkommen und die Interessen ihrer Mitglieder vertreten. Und ein Krieg ist nicht im Interesse von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, das sieht man nicht zuletzt daran, dass das Gerede von Zusammenhalt und Solidarität sich als leere Phrasen entpuppt, wenn es daran geht, aufgrund der Wirtschaftskrise zehntausende Entlassungen durchzusetzen. Doch auch in den Gewerkschaften bedarf es des Drucks von unten. Viele Gewerkschaftsgliederungen haben begonnen, Resolutionen gegen den Krieg zu formulieren. Dem müssen Taten folgen.

Der heutige Tag darf nur ein Anfang sein von weiteren Aktionen – von Demonstrationen, Straßen- und Kasernenblockaden, von Streiks und massenhaften Protesten. Das sind wir uns selber, unserer Zukunft und den Menschen und Kindern in Afghanistan und dem arabischen Raum schuldig. Kämpfen wir für ein Recht auf Leben für alle Menschen auf der Welt! ■

Samawa, Süd-Irak, Januar 2001 Aufräumarbeiten nach US-Angriffen. Das Pentagon bezeichnet diese Bombardierungen als „Routine-Mission“. Allein zwischen Dezember 1998 und Februar 2001 wurden dabei 325 ZivilistInnen getötet und 1.000 verletzt

New York City nach dem Terroranschlag vom 11. September

★ **Nein zu Militärschlägen durch USA und NATO. Keine Beteiligung der Bundeswehr**

★ **Ausbeutung und Unterdrückung sind die tiefere Ursache von Terror und Krieg: Nur soziale Gerechtigkeit kann Sicherheit und Frieden schaffen. Schluss mit der Diktatur der Banken und Konzerne**

★ **Schluss mit Hetze und Ausgrenzung gegen Menschen aus dem arabischen Raum**

13. Oktober: Bundesweite Antikriegsdemo in Berlin

BUNDESWEHR
Einsätze im Inneren drohen
Seite 3

GEWERKSCHAFTSLINKE
Initiativen gegen den Krieg
Seite 4

WELTLAGE
Ursachen für Terror und Krieg
Seite 6-7

FINANZMÄRKTE
attac und die Tobin-Steuer
Seite 9

Hamburg nach der Wahl

Schill mit Sicherheit gefährlich

Am 23. September wurde in Hamburg die Bürgerschaft gewählt. Die Ergebnisse: SPD: 36,5 %, CDU 26,6 %, Schill-Partei 19,4 %, GAL (Grüne Alternative Liste) 8,5 %, FDP 5,1 %, Andere 4,3 %, davon Regenbogen 1,7 %.

Nach durchgehend 43 Jahren SPD-geführte Regierung bedeutet dieses Wahlergebnis das Aus für Rot-Grün.

Dominiert wurde der Wahlkampf in dem Stadtstaat vom ehemaligen Strafrichter Schill, bekannt auch als „Richter Gnadenlos". Dieser hatte vor knapp anderthalb Jahren eine Partei gegründet und die regierenden Parteien seitdem mit seinen rechtspopulistischen Sprüchen und konstant hohen Umfragewerten in Aufruhr gehalten. Doch wer hat bei dieser Wahl alles Schill gewählt? Offensichtlich ist die Abwanderung des rechten Wählerpotenzials der CDU zu Schill. Auch DVU, NPD, Republikaner und STATT-Partei verloren sich in Bedeutungslosigkeit aufgrund der Schill-Kandidatur. Maßgeblich ist jedoch Rot-Grün für den Wahlsieg Schills verantwortlich.

Brechmittel und Abschiebungen

Während Schill lautstark Strafverschärfungen gegen AusländerInnen und Jugendliche forderte, sich für eine weitere Einschränkung des Asylrechts und schnellere Abschiebungsmöglichkeiten stark machte, war es der SPD-Innensenator und Parteichef Olaf Scholz, der das Thema „Innere Sicherheit" kurzerhand zum wichtigsten Wahlkampfthema der SPD machte. Auf Scholz Vorschlag hin wurde der Einsatz von Brechmitteln gegen Drogendealer mit den Stimmen von Rot-Grün beschlossen. Rot-Grün tat nichts um aufzuzeigen, dass Strafverschärfungen keine Lösung sind (schließlich ist es entscheidend, die soziale Krise zu bekämpfen), sondern nur dem Abbau demokratischer Rechte dienen. Vor diesem Hintergrund entschied sich ein Teil der WählerInnen dafür, dann das Original statt die Kopie zu wählen.

Die arbeiterfeindliche Politik von SPD und Grünen in der letzten Legislaturperiode ist ein weiterer Grund, weshalb sich viele WählerInnen von SPD und GAL abwandten und Schill aus Protest unterstützten. Die SPD verzeichnete so ihr zweitschlechtestes Ergebnis in Hamburg, die Grünen verloren über 5 Prozent im Vergleich zum letzten Mal.

Politik für die Reichen

Während Hamburg einerseits 70.000 Arbeitslose vorweisen kann, über 15.000 Kitaplätze fehlen und 150.000 Menschen von Sozialhilfe leben, baute der rot-grüne Senat in den letzten Jahren 8.000 Stellen im öffentlichen Dienst ab, verscherbelte öffentliche Betriebe und schlägt neuerdings den Verkauf aller Hamburger Schulgebäude vor. Statt Investitionsprogramme in Bereichen wie Bildung, Pflege, Kultur und Umwelt zu beschließen, subventionierte der Senat aus SPD und Grünen mit 1,3 Milliarden Mark die Zerstörung eines Naturschutzgebietes, um dem Airbus-Konzern Produktionsflächen zu erschließen. Weitere Großprojekte wie die Zerstörung des Stadtteils Altenwerder zu Gunsten eines neuen Stadtteils „HafenCity" mit Wohnungen für 12.000 Menschen aus besserverdienenden Familien oder der Bau neuer Autobahnen quer durch Hamburg werden sowohl von Rot-Grün, als auch von CDU, FDP und Schill unterstützt.

Regenbogen

Die einzige Alternative zu den etablierten Parteien bei den Wahlen war „Regenbogen – Für eine neue Linke". Diese Gruppierung war 1999 aus den Grünen aus Enttäuschung mit deren Atom- und Sozialpolitik sowie deren Zustimmung zu deutschen Kriegseinsätzen entstanden und war seitdem mit fünf Abgeordneten in der Hamburger Bürgerschaft vertreten.

Regenbogen fordert die Rücknahme aller Privatisierungen und eine radikale Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnausgleich. Regenbogen organisierte Proteste gegen Abschiebungen und Naziaufmärsche. Sie war zudem die einzige Gruppierung in der Hamburger Bürgerschaft, die gewerkschaftliche Forderungen vertrat. Die große Mehrheit der linken Organisationen unterstützte bei dieser Wahl Regenbogen. Auch die SAV war mit mehreren Mitgliedern auf den Listen von Regenbogen vertreten.

Trotz großer Enttäuschung mit der bisherigen rot-grünen Regierungspolitik wählten viele Menschen mit der Faust in der Tasche SPD oder GAL statt Regenbogen. Sie wollten verhindern, dass Schill Innensenator in einem vom „Bürgerblock" geführten Senat wird. Dies ist der Grund, warum besonders die SPD bei dieser Wahl mit einem blauen Auge davon kam.

Widerstand

Klar ist schon jetzt, dass es unter einer neuen Regierung Kürzungen im Sozialbereich und andere Umverteilungsmaßnahmen geben wird – egal, ob unter einem „Bürgerblock" bestehend aus CDU, FDP und Rechtspopulist Schill als Innensenator oder ob unter einer Großen Koalition. SPD und Grüne wollen ihren Privatisierungskurs fortsetzen. CDU und FDP vertreten die gleiche Politik im Interesse der Reichen. Und die Schill-Partei fordert in ihrem Programm sogar die Privatisierung aller städtischen Unternehmen.

Aufgabe der Linken, insbesondere von Regenbogen und GewerkschaftsaktivistInnen, wird es sein, jetzt den Widerstand gegen Sozialabbau, Rassismus und Kriegspolitik zu organisieren und eine politische Alternative aufzubauen, die konsequent die Interessen der ArbeiterInnen, Arbeitslosen, Jugendlichen und sozial Benachteiligten vertritt.

Lucy Redler, Hamburg

unser standpunkt

Terroranschläge und Weltwirtschaftskrise

Das schreckliche Attentat vom 11. September wird von den Bushs, Blairs und Schröders für vieles benutzt (Kriegsvorbereitungen, Rassismus, Abbau demokratischer Rechte) – auch als Erklärung für die beginnende Weltwirtschaftskrise.

In der Tat sind einige Branchen wie Reise und Tourismus schwer getroffen, Fluggesellschaften und Boeing sprachen vom Abbau von 100.000 und mehr Arbeitsplätzen. Dafür haben andere Bereiche wie Rüstung und Sicherheitssektoren mehr Nachfrage. Der US-Kongress hat wenige Tage nach dem Attentat 40 Milliarden Dollar zusätzliche Ausgaben beschlossen, US-Notenbank und Europäische Zentralbank die Zinsen um ein halbes Prozent gesenkt. Dennoch steuert die globale Wirtschaft in rasantem Tempo auf eine tiefe Rezession zu, die von Massenentlassungen und Betriebsschließungen im großen Umfang gekennzeichnet sein wird.

Tatsächlich befanden sich die US- und Weltwirtschaft bereits lange vorher auf Talfahrt. Die Weltwirtschaft schrumpfte wahrscheinlich schon im zweiten Quartal 2001: in den USA und der EU stagnierte sie, aber in Japan (Minus 3,2 Prozent aufs Jahr hochgerechnet) oder Lateinamerika ging die Wirtschaftsleistung zurück. Die US-Industrieproduktion schrumpfte im August den elften Monat in Folge und war saisonbereinigt fünf Prozent niedriger als im September 2000.

Die Aktienindizes sind nach dem 11. September eingebrochen. Bis zum 21. September der Dow Jones um 14,3 Prozent, der US-Neue-Markt-Index Nasdaq um 16 Prozent. Aber am 10. September – einen Tag vor der Wahnsinnstat – hatte der Dow Jones gegenüber seinem Höchststand 18 Prozent verloren, der Nasdaq sogar 66 Prozent.

Nach einer Umfrage der Universität von Michigan wenige Tage vor dem Anschlag war das Verbrauchervertrauen auf dem tiefsten Stand seit acht Jahren.

An der Krise sind die inneren Widersprüche des Kapitalismus schuld, nicht die Terroranschläge: Der Kapitalismus beruht auf Ausbeutung, auf der Aneignung unbezahlter Arbeit durch die Unternehmer, daher können die arbeitenden Menschen nur einen Teil der von ihnen erzeugten Werte kaufen. Die fehlende Nachfrage müssen die Kapitalisten selber durch Investitionen schaffen. In den letzten Jahren war die private Nachfrage durch massive Verschuldung (die sogar die Ersparnisse übertrafen) künstlich erhöht worden, was die Unternehmen zu einem Investitionsboom ermutigte. Zwei Fünftel der zusätzlichen weltweiten Nachfrage der letzten fünf Jahre kamen aus den USA.

Die Nachfrage hielt aber mit der Produktionserweiterung nicht Schritt, der Anteil der Profite am Bruttoinlandsprodukt fiel schon seit 1997 um ein Viertel, im Frühjahr traten die Kapitalisten auf die Bremse und strichen ihre Investitionen zusammen (auf Jahresrate Minus 15 Prozent im zweiten Quartal).

Der Konsumboom hielt zunächst weiter an, weil die Propaganda, dass es keine Krisen mehr gebe, es sich nur um einen kurzen Einbruch handle, Wirkung zeigte. Dieses Konsumentenvertrauen hat jetzt durch die Attentate einen schweren Schlag erhalten und passt sich schneller der Realität an, als es sonst der Fall gewesen wäre. In Kombination mit einem drohenden dramatischen Ölpreisanstieg wird die Rezession zweifellos beschleunigt, vielleicht insgesamt vertieft werden.

In jeder Wirtschaftskrise versuchen die Herrschenden von den eigentlichen Ursachen abzulenken. In der ersten internationalen kapitalistischen Krise seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges Mitte der 70er Jahre musste zum Beispiel der so genannte Ölpreisschock als Grund herhalten.

Die Kapitalistenklassen wollen davon ablenken, dass ihr System, das auf Privateigentum, Profitstreben und Konkurrenzkampf beruht, immer wieder, immer tiefere Krisen hervorbringt. Die neue globale Krise der Marktwirtschaft wird in allen Teilen der Welt zu wachsender Massenarbeitslosigkeit, Armut und sozialer Verelendung führen. Sie wird die politische Weltlage weiter destabilisieren und den mörderischen Wettstreit um Märkte und Rohstoffe verschärfen.

Das alles beweist: Der Kapitalismus hat die Auseinandersetzung mit den bürokratischen Diktaturen des Ostblocks keinesfalls gewonnen, er ist nur übrig geblieben. Er ist unfähig, die drängendsten Probleme der Menschheit zu lösen. Entweder wir schaffen den Kapitalismus ab, oder er schafft uns ab. Entweder wir ersetzen das kapitalistische System weltweit durch sozialistische Demokratien auf Grundlage einer demokratisch geplanten Wirtschaft oder uns drohen immer neue Krisen, Kriege und Wahnsinnstaten. ■

Bundeswehreinsätze

PDS auf dem Weg zur Kriegspartei?

Am 19. September stimmte der Bundestag dem NATO-Beistand zu und beschloss damit die grundsätzliche militärische Unterstützung der US-Regierung. Damit hat die SPD/Grüne-Regierung schon zum dritten Mal in ihrer Amtszeit die Weichen dafür gestellt, dass die Bundeswehr bei Auslandseinsätzen beteiligt werden kann.

Die einzige Partei, die – wie auch schon im NATO-Krieg auf dem Balkan – gegen Kriegseinsätze der Bundeswehr stimmte, war die PDS.

Doch schon einige Tage vor diesem Beschluss hatte sich Gregor Gysi (Spitzenkandidat der PDS im Berliner Wahlkampf) zu Wort gemeldet. In einem Interview forderte er harte Repressionen gegen den Terrorismus. Das absehbare „Nein" der PDS-Fraktion zur Bundestagserklärung relativierte er damit, dass sich die Frage nach einer deutschen Beteiligung so konkret ja noch gar nicht stellen würde. „Wir haben lediglich Bedenken gegen den Beschluss der NATO zum Bündnisfall geäußert."

Von Antje Zander, Berlin

Gegenüber der Berliner Zeitung erklärte Gregor Gysi am 18. September 2001: *„Wir wollen eben keine Blankoschecks ausstellen, ohne zu wissen, was für eine Aktion auf uns zukommt. (...) Angesichts der Dimension des Terrorakts wird es aber Repressionsmaßnahmen geben müssen."* Gysi sagte auch, wie diese aussehen könnten: *„Sollten sich Länder jedoch weigern, die für die Anschläge Verantwortlichen auszuliefern, dann hielte ich in der Tat begrenzte militärische Aktionen für statthaft, soweit sie ausschließlich darauf gerichtet sind, die Tatbeteiligten zu ergreifen, ohne unschuldige Menschen zu gefährden. Das ist zwar aufwendig und kompliziert, aber machbar."* In seiner als wegweisend aufgenommen „Berliner Rede" anlässlich der bevorstehenden Neuwahlen des Berliner Abgeordnetenhauses unterstrich er am 17. September noch einmal, dass der Terrorismus bekämpft werden müsse - mit militärischen und repressiven Mitteln. Unterstützung für seine Positionen bekam Gysi einige Tage später von der stellvertretenden PDS-Vorsitzenden Petra Pau, die sich für die Ergreifung der Täter *„im Sinne einer Polizeiaktion"* aussprach, wobei dabei aber kein Militär eingesetzt werden dürfe! (Berliner Zeitung vom 20.9.01). Wie das aussehen soll, bleibt hierbei ihr Geheimnis.

Nach der zum Teil heftigen Kritik von PDS Mitgliedern bekundete auch noch mal der Bundesgeschäftsführer Dietmar Bartsch Verständnis für Gysis Positionen: *„Die PDS ist eine Partei, in der Pazifisten einen Platz haben, aber sie ist keine pazifistische Partei"* (Berliner Zeitung vom 21.9.01). Gysi selber versucht die Basis zu beruhigen, indem er immer wieder bekräftigt, dass er einen „Vergeltungsschlag" selbstverständlich ablehne, es nur um eine begrenzte Militäraktion gehe, bei der die „Täter" ergriffen werden sollen. Damit lügt sich Gysi in die Tasche. Entweder man ist für oder gegen Militäraktionen und Kriegspolitik – ein bisschen Krieg ist jedenfalls ausgeschlossen.

PDS auf Regierungskurs

Nachdem im NATO-Krieg 1999 die PDS die einzige Bundestagpartei gewesen war, die gegen den Krieg eintrat, schlagen führende PDS-Mitglieder jetzt ganz andere Töne an. Dies ist Teil einer generellen weiteren Rechtsentwicklung der PDS. Das Ziel ist es, sich auf Landes- aber auch auf Bundesebene für Regierungskoalitionen anzubieten. Deswegen setzte die PDS auf kommunaler Ebene und auch in der Regierung in Mecklenburg-Vorpommern Sozialabbau und Privatisierungen durch, deswegen trumpfte Gregor Gysi im Berliner Wahlkampf mit einem Sparpaket auf, welches unter anderem die Streichung von 20.000 Stellen im öffentlichen Dienst beinhaltet. Schon bei dem Parteitag 1999 in Münster versuchte die Parteiführung auch einen anderen Kurs in der Außenpolitik durchzusetzen. Damals schlug sie vor, in Zukunft Militäreinsätze im Rahmen der UNO zu befürworten – war allerdings mit diesem Vorstoß bei der Basis abgeblitzt.

Illusionen in die UNO

Die PDS-Resolution anlässlich der Sitzung des Bundestages am 19. September zielt auf eine Stärkung der UNO ab: *„Die Vereinten Nationen sind die geeignete Organisation, die die Bekämpfung des Terrorismus als internationale Aufgabe mit all seinen Facetten von der repressiven Eindämmung bis hin zu koordinierten wirtschaftlichen und sozialen Maßnahmen wahrnehmen kann."*

Damit wird wieder einmal die Illusion verbreitet, dass die UNO die Organisation ist, die für Frieden weltweit sorgen kann. Wie „erfolgreich" sie ist, zeigt jedoch die Tatsache, dass allein seit ihrer Gründung 1945 weltweit mehr als 150 Kriege geführt wurden, bei denen Millionen von Menschen starben. Und die meisten kriegsführenden Länder sind auch Mitglieder der UNO.

Die UNO selbst ist noch nicht einmal eine demokratische Organisation, in der alle Mitgliedsländer das gleiche Mitspracherecht haben. Der Sicherheitsrat zum Beispiel, der in Fragen des „Weltfriedens" die alleinige Entscheidungsbefugnis besitzt, wurde von niemanden gewählt. Im Gegenteil, die fünf ständigen Mitglieder (USA, China, Britannien, Frankreich und Russland) haben sich selbst ernannt. Gerade die wichtigen imperialistischen Länder, wie die USA, nutzen ihre wirtschaftliche und auch militärische Stärke immer wieder, um Entscheidungen in ihrem Sinne zu treffen. Beim Einsatz von UNO-Truppen im Golfkrieg 1991 ging es nicht um Menschenrechte und den Sturz vom irakischen Diktator Hussein, sondern vor allem um die Wahrung der wirtschaftlichen und strategischen Interessen der US-Imperialisten und der anderen kapitalistischen Mächte in dieser erdölreichen Region.

Wenn die UNO dann doch einmal eine Resolution gegen eines der imperialistischen Hauptländer fällt, wird diese einfach nicht eingehalten. So verurteilte der internationale Gerichtshof (eine UN-Institution) die USA wegen Verletzung des Völkerrechts und illegaler Aggression zum Schadenersatz gegenüber Nicaragua – bis heute haben die USA dieses Urteil ignoriert.

Die Vereinten Nationen behaupten auch immer wieder, im Namen von Menschenrechten und Demokratie zu handeln. Doch in vielen UNO-Mitgliedsstaaten selber herrschen Diktaturen, sind demokratische Rechte eingeschränkt. Laut Amnestie International werden in der Hälfte aller Staaten Gefangene gefoltert. Warum soll ein Zusammenschluss von diesen Ländern ein Instrument zur Wahrung von Menschenrechten und gegen Terrorismus sein?

Zukunft der PDS

Die Illusionen der PDS in die UNO sind nicht neu. Neu ist Gregor Gysis offene Unterstützung für *„begrenzte militärische Aktionen"* der Bundeswehr, die in der Konsequenz eine beschönigende Umschreibung von Kriegseinsätzen sind. Gysi und die PDS-Spitze wollen in Berlin um jeden Preis von den harten Oppositionsbänken in die weichen Regierungssessel hüpfen. Darum gibt Gysi gegenüber dem Establishment das Signal aus, dass er auch in dieser Frage Gewehr bei Fuß steht. Ganz im Sinne seines Wahlplakates: „Mit Gysi muss und kann man rechnen", das auch an die da oben gerichtet ist.

Krieg ist Krieg, Herr Gysi – egal, ob mit oder ohne UNO; egal, ob die Luftangriffe als „Vergeltungsschläge" oder als „begrenzte Militäraktion" verkauft werden

Gysi prescht zwar vor, ist in der Parteiführung aber nicht allein mit seiner Position in Sachen Militärpolitik.

Trotz Unmut in der Partei gibt es kaum Widerstand. Die Parteilinke ist äußerst schwach auf der Brust. Sie ist nicht in der Lage, die Basis gegen die Parteiführung zu mobilisieren, den Rechtsruck aufzuhalten und die PDS in eine kämpferische, sozialistische Partei umzuwandeln. Darum wird die Anpassungspolitik der PDS weitergehen. Bei den Antikriegsprotesten spielt die PDS nur eine schwache Rolle. Dabei wäre die PDS in der Lage, Zehntausende zu mobilisieren.

Vor diesem Hintergrund stellt sich für Linke innerhalb und außerhalb der PDS die Aufgabe, eine neue Arbeiterpartei mit einem sozialistischen Programm in Ost- und Westdeutschland aufzubauen. Die Notwendigkeit einer solchen Partei zeigt sich angesichts des drohenden Krieges in aller Schärfe. ■

Rot-Grün

Kampf gegen Terror oder gegen demokratische Rechte?

Die rot-grüne Bundesregierung und CDU/FDP-Opposition reagierten schnell. Schon in den ersten Tagen nach dem Attentat von New York präsentierten sie ihre Lösungen zur Bekämpfung des Terrorismus. Man wusste zwar nicht, wie die Attentäter und ihre möglichen Helfer ihre Wahnsinnstat geplant und organisiert hatten, wer genau für die Tat verantwortlich war und warum man das Attentat nicht hatte vereiteln können, aber man wusste angeblich welche Maßnahmen jetzt notwendig seien: Schärfere Gesetze, insbesondere gegen Ausländer*Innen, weiterer Abbau des Datenschutzes, mehr Befugnisse für Polizei, Verfassungsschutz, Bundesnachrichtendienst, Einsatz der Bundeswehr im Inneren – eine ganze Palette von Gesetzesvorhaben oder Vorschlägen wurde umgehend vorgestellt. Sind das wirklich Maßnahmen gegen Terroristen?

Von Georg Kümmel, Köln

Tatsache ist: In den letzten 30 Jahren wurden in Deutschland Datenschutz und demokratische Rechte immer weiter abgebaut. Stets wurde das mit dem Schutz der inneren Sicherheit begründet. Inzwischen können Ermittlungsbehörden ohne große Umstände Telefone und Handys abhören, e-mails lesen, auf umfangreiche Datenbanken zugreifen und machen das auch. Es ist aber nicht bekannt, dass dadurch in der Vergangenheit irgendein Attentat verhindert worden wäre. Die USA geben jährlich 30 Milliarden Dollar für „innere Sicherheit" aus. Das hat das Attentat auf das World Trade Center 1993 nicht verhindert und den katastrophalen Anschlag vom 11. September auch nicht.

Gegen linke Opposition

Die Erfahrung zeigt aber, dass die Maßnahmen zum Schutz der „inneren Sicherheit" gegen die politische Opposition im eigenen Land eingesetzt wurden und werden. Gegen Linke und linke Parteien, gegen Antifaschistinnen und Antifaschisten, gegen Proteste der Arbeiter*Innenbewegung und jüngst gegen Kritiker*Innen der kapitalistischen Globalisierung.

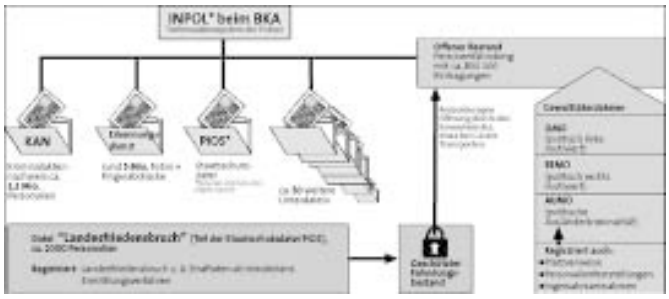
Bundesinnenminister Schily und der bayerische Innenminister Beckstein wollen alle Zuwanderer*Innen einer Regelanfrage beim Verfassungsschutz unterziehen. Diese Regelanfrage war jahrelang in der Bundesrepublik benutzt worden, um den Radikalenerlass aus dem Jahre 1972 umzusetzen. Wer in den öffentlichen Dienst wollte, wurde auf seine politische Gesinnung geprüft. Aktives DKP-Mitglied zu sein reichte aus, um nicht einmal beamteter Postbote werden zu können oder sogar aus dem Beamtendienst entlassen zu werden. Noch in den achtziger Jahren mussten Lehramtsanwärter, die als Student i m linken, sozialdemokratischen Hochschulbund SHB politisch aktiv waren, damit rechnen, dass in manchen Bundesländern aus diesem Grunde ihre Bewerbung abgelehnt wurde.

Man stelle sich eine Regelanfrage beim Verfassungsschutz für Zuwanderer mal praktisch vor. Jemand, der, sagen wir in Russland, in der Friedensbewegung gegen den Tschetschenien-Krieg aktiv war, möchte nach Deutschland einreisen. Wie groß wohl dessen Chancen sind, wenn der Verfassungsschutz sich vorher seine Informationen beim russischen Geheimdienst geholt hat?

"Innere Sicherheit"?

Mit diesen Vorschlägen werden alle Ausländer*Innen als potenzielle Kriminelle gebrandmarkt. Das ist eine Form von rassistischer Hetze, die nach den Attentaten dazu beigetragen hat, dass dunkelhäutige Menschen oder Frauen mit Kopftuch angepöbelt, zum Teil geschlagen wurden und manche Angst um ihr Leben haben. Ist das „innere Sicherheit"?

1998 wurde bei der Fußballweltmeisterschaft in Frankreich der Polizist Nivel von Hooligans lebensgefährlich verletzt. Mit Hinweis auf die „innere Sicherheit" wurde hierzulande eine Gewalttäterdatei eingerichtet und das Passgesetz geändert. Personen kann fortan aus bestimmten Anlässen die Fahrt ins Ausland verboten werden. Nazianschläge wurden zum Anlass genommen diese Datei auszuweiten. Aber auch hier wurde die aufrichtige Empörung über Gewalttäter und Nazis zu ganz anderen Zwecken benutzt. Das Ergebnis der Gesetzesänderungen war nämlich, dass es jetzt auch eine Datei für potenzielle „linksorientiert politisch motivierte Gewalttäter" gibt. Dazu ein Zitat aus der Wochenzeitung Die Zeit Nr. 37/2001: „In diese „Gewalttäter"-Dateien werden laut Beschluss der Innenministerkonferenz vom 24. November 2000 Beschuldigte schon dann aufgenommen, wenn ihre „Persönlichkeit" Grund zu der Annahme liefert, „dass Strafverfahren gegen sie zu führen sind". Als Anlass für eine Erfassung reicht schon ein Platzverweis oder eine Personalienfeststellung. Typische Polizeimaßnahmen, die jeden jederzeit treffen können. Straftäter muss man dazu nicht sein, nicht einmal kriminell verdächtig. Es genügt schon, dass man der Polizei komisch vorkommt..."



Rechte Gewalttaten wurden zum Anlass genommen, so genannte Gewalttäterdateien bei der Polizei einzurichten – mit dem Ergebnis, dass in diese Dateien linke DemonstrantInnen aufgenommen wurden, deren einziges Verbrechen darin besteht, an einer Demonstration teilgenommen zu haben

Diese Gewalttäterdatei war dann Grundlage dafür, dass vor dem G-8-Gipfel Leute Besuch von der Polizei bekamen, einige nicht ausreisen durften und Personendaten an die italienische Polizei weitergegeben wurden, die dann auch prompt DemonstrantInnen ohne jede Begründung die Einreise verbot.

Straftat Solidarität

Die Bundesregierung hat nach den Attentaten in den USA beschlossen, dass das Strafgesetzbuch um den Paragraf 129b ergänzt wird. Damit sollen die Verfolgung von im Ausland arbeitenden extremistische Organisationen mit der von inländischen gleichgestellt werden. Der Paragraf 129 stellt auch das Werben für eine „kriminelle Vereinigung" unter Strafe.

In der Vergangenheit haben Linke in Deutschland zum Beispiel den Befreiungskampf der Palästinenser*Innen unterstützt und den Kampf der Sandinisten in Nicaragua gegen die Somoza-Diktatur. Die palästinensische PLO und die Sandinisten galten damals westlichen Regierung aber als terroristisch. Nach dem neuen Gesetz kann man sich demnach möglicherweise schon strafbar machen, wenn man heute den Befreiungskampf der Zapatisten in Mexiko unterstützt.

Bundeswehreinsätze im Inneren

Bleibt die Frage, wieso man gegen den Einsatz der Bundeswehr im Inneren sein soll. Weil dahinter nicht die Absicht steckt, den Terrorismus zu bekämpfen. Wie sollte das denn auch gehen? Wozu man die Armee im Inneren einsetzen kann, zeigen diese Beispiele: Als in Frankreich 1998 die Lastwagenfahrer streikten, wurden Armeepanzer eingesetzt, um LKW-Blockaden zu räumen. Und als im vergangenen Jahr in Britannien aus Protest gegen die hohen Spritpreise landesweit Tanklager blockiert wurden, da bereitete die Regierung den Einsatz von Tankzügen der Armee als Streikbrecher vor. Als 1984 Hunderttausende Metaller und Drucker für die Verkürzung der Arbeitszeit auf 35 Stunden streiken, übten der Bundesgrenzschutz und Teile der Bundeswehr, wie Massenstreiks und Fabrikbesetzungen beendet werden können.

Diese Beispiele zeigen: Die Vorschläge zur „inneren Sicherheit" von Rot-Grün und der konservativen Opposition bieten keinen Schutz vor Terrorattentaten, sondern sollen die Herrschenden vor vehementer Kritik und Protest schützen. Aufrichtiges Entsetzen und Angst in der Bevölkerung angesichts der Attentate sollen kühl berechnend ausgenutzt werden, um den Staat weiter aufzurüsten.

Und die Kosten dafür sollen nicht die Millionäre in diesem Lande zahlen, sondern die breite Masse der Bevölkerung über die Tabak- und Versicherungssteuer. Spätestens jetzt weiß man, in wessen Interesse hier Politik gemacht wird. ■

Bombengeschäfte unter Rot-Grün

DaimlerChrysler und die anderen großen Rüstungskonzerne verdienen unter der rot-grünen Bundesregierung weiterhin bombig.

Im ersten Jahr unter Rot-Grün hat Deutschland 1999 mit 5,9 Milliarden Mark mehr Rüstungsexporte getätigt als in den Jahren unter Kohl. Spitzenreiter unter den Empfängerländern war die Türkei mit 1,9 Milliarden.

Im Jahr 2000 war Deutschland laut SIPRI-Bericht mit Verkäufen von mehr als 2,8 Milliarden Mark weltweit drittgrößter Waffenhändler

Aktionsprogramm gegen den Krieg

Die USA und die NATO rüsten zum Krieg. Viele Menschen in allen Ländern der Erde haben Angst vor diesem Krieg und wissen: Wie in New York werden wieder Tausende unschuldiger Menschen die Opfer des kommenden Krieges sein. Viele Menschen fragen sich: Was können wir dagegen tun? Wie können wir den Krieg verhindern?

Eine internationale Massenbewegung kann den Krieg verhindern oder stoppen. Wenn überall auf der Welt und besonders in den USA und Europa Großdemonstrationen, Blockaden und Streiks gegen diesen Krieg stattfinden, dann wird es für die Herrschenden unmöglich sein, einfach weiter zu machen. Eine solche Massenbewegung gilt es jetzt in allen Ländern und Städten, in allen Schulen, Betrieben und Hochschulen aufzubauen.

Antikriegsbündnisse zusammenbringen!

In verschiedenen Städten haben sich bereits Bündnisse gegen den Krieg gegründet. Diese sollten alle Organisationen, Gruppen und Einzelpersonen, die gegen den Krieg aktiv sein wollen, zusammenbringen, die verschiedenen Aktionen koordinieren und gemeinsam zu Demonstrationen mobilisieren. Dies müssen demokratische und offene Strukturen sein, in denen jede Gruppe die Möglichkeit hat, ihre weitergehenden Vorstellungen darzustellen.

Schülerstreiks organisieren!

In jeder Schule und Hochschule sollten Aktionskomitees gegen den Krieg ins Leben gerufen werden, die über Hintergründe des Krieges und Argumente dagegen aufklären, Aktionen organisieren und zu Demos mobilisieren. Schüler- und Studierendenvertretungen sollten dabei aktiv mitarbeiten. Es sollten Vollversammlungen einberufen werden, auf denen alle über den Krieg und über Aktionen dagegen diskutieren können.

In Berlin haben sich Schülerinnen und Schüler auf Initiative von widerstand International! (wi!) zusammengetan, um einen Schülerstreik zu organisieren. Am Tag X, dem Beginn der Angriffe, soll in den Schulen gestreikt werden. Schon jetzt wird überall die Information verbreitet, wann und wo an diesem Tag Treffpunkt für eine große Demo aller streikenden SchülerInnen ist. Ein schulübergreifendes Aktionskomitee bereitet den Streik vor. Auch in anderen Städten sollten jetzt Schülerstreiks geplant und vorbereitet werden.

Aktionen am Tag X!

In Hamburg, Berlin und anderswo stehen bereits Zeit und Ort für Großdemonstrationen am Tag X fest und werden bekannt gemacht. In allen Städten sollten solche Initiativen gestartet werden.

Gewerkschaftsführung Dampf machen!

Die Gewerkschaften haben das Potenzial, nicht nur Tausende, sondern Millionen gegen den Krieg auf die Straße zu bringen. Durch Streiks können sie den Herrschenden auch ökonomisch einen entscheidenden Schlag versetzen. Deshalb muss Druck auf die Gewerkschaftsführung ausgeübt werden.

Auf allen Ebenen sollte der Antrag „Gewerkschafter*Innen gegen Terror und Krieg" (siehe Seite 4) in die Gremien eingebracht werden. Antikriegskomitees sollten gezielt an die Gewerkschaften herantreten und diese auffordern, sich massiv in die Antikriegsbewegung einzubringen.

Brückenschlag zur antikapitalistischen Bewegung!

Die Bewegung gegen die kapitalistische Globalisierung muss sich mit aller Kraft in die Antikriegsbewegung einbringen. Alle Gruppen von attac! sollten zu den Protesten gegen den Krieg mobilisieren. In Berlin wurde eine attac!-Arbeitsgruppe gegen Krieg ins Leben gerufen. Solche Arbeitgemeinschaften in sollten überall bei attac! angestoßen werden.

attac! kann eine wichtige Rolle dabei spielen, die Bewegung zu vernetzen und aufzubauen. Eine intensive Teilnahme an der Antikriegsbewegung wird wiederum attac! und die antikapitalistische Bewegung stärken. ■

Ihr da oben ...

Mit der Bahn sicher ans Ziel?!

Verdächtigungen, die Deutsche Bahn spare aus Kostengründen an der Sicherheit, konnte Bahnsprecher Hans-Jürgen Frohns nicht so ohne Weiteres auf sich sitzen lassen. So bestätigte er laut der Regionalzeitung NNN vom 4. September 2001, dass die Bahn kürzlich das Stellwerk im niedersächsischen Wulften aus Personalmangel stundenlang unbesetzt gelassen hätte.

Für die Sicherheit wäre aber gesorgt worden: „*Die Lokführer hätten deshalb den schriftlichen Befehl erhalten, in dieser Zeit vor jedem Bahnübergang im Bereich des Stellwerks anzuhalten.*" Damit wäre sichergestellt worden, dass die Züge gefahrlos weiterfahren konnten.

Nach Frohns habe wegen Urlaub und Krankheit niemand zur Verfügung gestanden, der die Fahrdienstleitung hätte übernehmen können. „*Die Alternative wäre gewesen, die Züge ganz ausfallen zu lassen",* so der Bahnsprecher. Wie wäre es mit der Alternative, stattdessen mehr Leute einzustellen?

Um die Umwelt kümmern sich die Herrschenden einen Dreck

Klimaschädigende Treibhausgase könnten bereits mit vorhandenen Technologien in den nächsten zwanzig Jahren erheblich verringert werden. Die Kosten dafür betragen laut UN-Klimabericht 125 Milliarden US-Dollar. Damit wäre es möglich, die Treibhausgase bis 2010 auf den Stand von 1990 zu reduzieren. „*Das entspricht 125 Dollar pro Kopf in den reichen Ländern",* heißt es in der Studie.

Fazit des Berichts ist aber auch, dass zurzeit der „*fehlende politische Wille*" für den Umstieg auf umweltfreundliche Energiequellen diese Reduktion der Treibhausgase unwahrscheinlich macht.

Armut in einem der reichsten Länder der Welt

Der erste „Armuts- und Reichtumsbericht" der Bundesregierung sagt: In Deutschland sind 20 Prozent aller Menschen arm. Zu diesem Schluss kommt man, wenn als Armutsgrenze sechzig Prozent des Durchschnittseinkommens gewählt wird, das 1998 bei 2.788 Mark lag. Sechzig Prozent davon sind 1.672 Mark.

Nichtwissen ist besser als Wissen?

In europäischen Universitätskliniken stimmen 35 bis 40 Prozent der als Todesursache angegebenen Erkrankungen nicht mit dem Ergebnis einer Leichenschau überein. Sie sind zumindest korrekturbedürftig. 7 bis 12 Prozent aller Diagnosen sind komplett falsch.

Wer jetzt meint, dass die Medizin daraus den Schluss ziehen müsste, mehr Leichenschauen zu machen, um besser zu forschen, irrt: Von 1980 bis 1995 ist die Rate der Leichenschauen von 14,6 Prozent auf 1,2 Prozent gesunken.

... wir hier unten

GewerkschafterInnen gegen Krieg

Unterstützt den Aufbau einer innergewerkschaftlichen Opposition

Bei einem Treffen der „Initiative zur Vernetzung der Gewerkschaftslinken“ am 22. September in Stuttgart schlug ein Kollege aus einem Stuttgarter Großbetrieb vor, am Tag X für fünf Minuten die Arbeit niederzulegen. Die KollegInnen des „Kölner Forums – GewerkschafterInnen mit BISS“ sind der Meinung, dass die Gewerkschaften entschieden gegen die äußere und innere Kriegsführung Front machen müssen. Die Gewerkschaften müssten Gegenpropaganda betreiben gegen die Kriegspropaganda und den dadurch geschürten Rassismus. Mit Arbeitsniederlegungen und politischen Massenstreiks soll gegen einen militärischen Vergeltungsschlag, gegen staatliche Repression und Abwälzung der Kosten von Aufrüstung und Rezession gekämpft werden. Die Kölner Gewerkschaftslinke, KollegInnen von DIDF und dem „Netzwerk für eine kämfperische und demokratische ver.di“ sind der Meinung, dass die Gewerkschaftslinke mit einer Resolution zur Kriegsfrage klar Stellung beziehen muss. Eine entsprechende Erklärung war bei Redaktionsschluss noch nicht fertig.

Sie kann angefordert werden bei: Ursel Beck, ✆ 0221/8702474, ursel.beck@gmx.de

Der drohende Krieg und die Rezession stellen die Gewerkschaften vor eine der härtesten Bewährungsproben in der Nachkriegsgeschichte. Die Gewerkschaftsführung tut bisher nichts für den Aufbau einer Antikriegsbewegung.

Sie macht keinen Finger krumm für die Verteidigung von Kolleginnen und Kollegen aus muslimischen Ländern gegen staatlichen und alltäglichen Rassismus.

Kein Spitzenfunktionär erhebt ein Wort des Protestes gegen den Abbau von demokratischen Rechten. Dabei ist jetzt schon klar, dass der Überwachungsstaat ausgebaut werden soll und angebliche „Anti-Terror“-Gesetze können künftig auch gegen gewerkschaftliche und betriebliche Kämpfe eingesetzt werden.

Da wird mal kurz die Tabak- und die Versicherungssteuer erhöht, um den Ausbau des staatlichen Repressionsapparats zu finanzieren – die Gewerkschaften akzeptieren es widerspruchslos.

Es gibt eine breite Ablehnung von Privatisierungen – doch ver.di nutzt sie nicht zur Verhinderung des Diebstahls von öffentlichem Eigentum.

Die Unternehmer kündigen massenhaft Arbeitsplatzabbau an. Die Ankündigung massiver Gegenwehr von Seiten der Gewerkschaften bleibt aus. Stattdessen macht die IG Metall Schlagzeilen mit der Zustimmung zu Lohnabsenkungen und Verlängerung der Arbeitszeit bei VW.

Der Begriff Solidarität stammt aus der Gewerkschafts- und Arbeiterbewegung und meint immer Solidarität der Arbeiterklasse gegen die Unternehmer und ihre Regierungen. Die Gewerkschaftsführung ist sich nicht zu schade, den Inhalt von Solidarität in sein Gegenteil zu verkehren. Sie fordert gemeinsam mit Unternehmern und Schröder-Regierung und NATO Solidarität mit der US-Regierung.

Höchste Zeit, dass dieser Kurs mit einer starken innergewerkschaftlichen Opposition konfrontiert wird. Die SAV ruft deshalb alle LeserInnen auf: Beteiligt Euch am Aufbau der bestehenden Vernetzungen. Nehmt teil an den Treffen.

Initiative zur Vernetzung der Gewerkschaftslinken

Viertes bundesweites Treffen am 12./13. Oktober im DGB-Haus Stuttgart

Nähere Infos unter: www.labournet.de/GewLinke/

Netzwerk für eine kämpferische und demokratische ver.di

11. Bundesweites Treffen am Samstag, den 24.11.2001 in Köln

Nähere Infos unter: netzwerk_kdoetv@gmx.de , www.freebox.com/netzwerk oder Tel. 0221/6909723

VW-Projekt 5.000 x 5.000

Niederlage für ArbeiterInnen – Erfolg für Aktionäre

Nach monatelangen Verhandlungen haben VW-Betriebsrat, Tarifkommission und IGM-Hauptvorstand am 29. August kampflos Tarifstandards preisgegeben. Dies geschah einen Tag nachdem 95 Prozent der 12.500 VW-ArbeiterInnen in Mexiko das Arbeitgeberangebot von 10,2 Prozent Lohnerhöhung abgelehnt hatten und für die Fortsetzung eines 11 Tage zuvor begonnenen Streiks stimmten.

Für die ab Herbst 2002 geplante Produktion eines Minivan in Wolfsburg wird eine extra Gesellschaft gegründet mit eigenem Haustarifvertrag. Qualitäts- und Lieferfähigkeitsverantwortung wird den Produktionsteams aufgedrückt. Wenn Stückzahl und Qualität nicht erreicht werden, muss unbezahlt nachgearbeitet werden. Nur wenn die ArbeiterInnen nachweisen können, dass das Unternehmen verantwortlich war für Produktionsprobleme bekommen sie die Nacharbeitszeit gutgeschrieben. Die Produktion wird im 3-Schicht-Betrieb an 6 Arbeitstagen von Sonntagnacht bis Samstagnachmittag in der Woche gefahren. Bei 7-Stunden-Schichten kommen die ArbeiterInnen dann auf eine „wertschöpfende“ 42-Stunden-Woche. Pro Beschäftigten sind außerdem jährlich zehn Spätschichten am Samstag möglich. Die 35-Stunden-Woche bleibt nur im Jahresdurchschnitt erhalten und muss über ein Arbeitszeitkonto ausgeglichen werden. Der Tarifvertrag verpflichtet die Beschäftigten im Schnitt zu 3 Stunden Qualifizierungszeit pro Woche, das heißt zur 45-Stunden-Woche. Von diesen 3 Stunden werden nur 1½ Stunden bezahlt und keine einzige Stunde auf das Zeitkonto geschrieben, weil diese Zeit nicht als „wertschöpfend“ gilt. Im ersten halben Jahr nach der Einstellung werden die Beschäftigten mit 4.000 Mark brutto bei einem befristeten Vertrag abgespeist. Wer dann den Stress- und Disziplintest bestanden hat, wird festeingestellt mit einem monatlichen Grundgehalt von 4.500, beziehungsweise aufgestockt um einen Bonus auf 60.000 Mark Jahresgehalt. Der Bonus ist aber nicht gesichert. Er hängt vom Gewinn ab. Nachtzuschläge und Zuschläge für Samstags- und Sonntagsarbeit gibt es nicht. VW hat als Argument für diese massive Verschlechterung die Schaffung neuer Arbeitsplätze ins Feld geführt. Der Produktionsstart soll im September mit 1.500 Neueingestellten beginnen. Bis frühestens September 2003 soll eine sukzessive Aufstockung auf 3.500 Beschäftigte erfolgen. Erst mit Beginn der regulären Produktion im Frühjahr 2003 erhalten die Auserwählten unbefristete Arbeitsverträge. Zuvor hat VW in Wolfburg Arbeitsplätze vernichtet. *„Mehrere Fahrzeugtypen wurden aus Wolfsburg abgezogen und ihre Produktion in ausländische Standorte verlagert. Dadurch haben wir (...) überdurchschnittlich viele Arbeitsplätze in der Produktion verloren“* (Klaus Volkert, VW-Gesamtbetriebsratsvorsitzender). Wer seinen Arbeitsplatz verloren hat, kann jetzt also hoffen, zu miserableren Bedingungen wieder eingestellt zu werden. Und VW verdient ordentlich daran. Nach Angaben von VW spart der Konzern 20 Prozent gegenüber dem allgemeinen VW-Tarifvertrag. VW erhält für die Einstellung von Arbeitslosen zusätzlich Eingliederungs- und Lohnkostenzuschüsse. Als Untergrenze gelten im Landesarbeitsamt Niedersachsen 25 Millionen Mark. Gleichzeitig droht nach Angaben der IGM durch die Verkleinerung des VW-Händlernetzes die Vernichtung von 7.000 Arbeitsplätzen. Trotzdem spielen sich die Manager mit ihrem 5.000er Modell – unterstützt von Schröder – als Samariter der Arbeitslosen auf.

Ursel Beck, Köln

VW-Beschäftigte demonstrierten am 1. Mai in Kassel gegen das VW-Modell 5.000 x 5.000

Uwe Durchbach, Arbeitslosenselbsthilfe Oldenburg in „quer“ (bundesweite Erwerbslosenzeitung):

„Große Tarifkommission und Hauptvorstand der IGM billigten dies Modell, und damit können Erwerbslose die Hoffnung auf Beschäftigung zu „normalen“ Bedingungen, auf „Umverteilung von Arbeit“, getrost abschreiben: Einstiegstarife für Erwerbslose werden Normalität. Dem grenzenlosen Jubel, den das auslöste, können wir uns daher nicht anschließen. Hatten wir noch Ende Juni keinen Grund, uns von der IGM „verraten“ zu fühlen, so gibt es jetzt keinen Grund, ihr dankbar zu sein.“

Thorsten Wenderoth, IGM-Mitglied, VW Kassel:

„Nach der Einführung der 28,8-Stunden-Woche schreibt VW wieder einmal ein neues Kapitel Tarifgeschichte. Damals wurde noch argumentiert: nur mit einer Arbeitszeitverkürzung mit Lohnverlusten ist es möglich, die Beschäftigung zu sichern. Bei dem neuen Modell heißt es, die Neuschaffung von Arbeitsplätzen ist nur möglich durch eine deutliche Ausweitung der Arbeitszeiten und das mit weniger Lohn als bei der Stammbelegschaft. Volkswagen hat mit dem neuen Tarifmodell die Belegschaft in zwei Teile gespalten. Eine Schraube ohne Ende wird in Gang gesetzt. Diese Entwicklung kennt nur einen Gewinner und das ist die Unternehmerseite. Die Verlierer bleiben alle Beschäftigten und ihre Familien, ob im In- oder Ausland. Daran sollten wir die Mitglieder und die Verantwortlichen erinnern, wenn die Rede von der billigen Produktion im Ausland ist.“

Manfred Stöter, Betriebsratsmitglied, Volkswagen Nutzfahrzeuge Hannover:

„Dieses Modell wird aufgrund seiner hohen Flexibilität an Arbeitszeit sowie Entgelt Nachahmer finden und den Konkurrenzdruck auf alle Beschäftigten erhöhen. Die IG Metall hat mit diesem Abschluss verdeutlicht, dass sie Börsen- und Unternehmerinteressen in den Vordergrund stellt und ihr der politische Wille, den Konkurrenzdruck der Beschäftigten sowie ihrer Mitglieder zu mildern oder gar abzuschaffen, fehlt. Sie ist in Niedersachsen auf dem besten Weg, eine abhängige Unterorganisation der SPD zu sein, die mit Arbeitszeitmodellen wie 5.000 x 5.000, Kanzlerwünsche (Arbeitslosenzahlen unter 3,5 Millionen zu senken) als Doktrin definiert und zum Nachteil von bestehenden Tarifverträgen öffentlichkeitswirksame SPD-Wahlunterstützung betreibt.“

Tom Adler, Betriebsratsratsmitglied, Daimler Stuttgart:

„Die IG Metall hat sich statt für eine offensive Auseinandersetzung für einen Taschenspielertrick – die Verteidigung des Flächentarifvertrags bei gleichzeitiger Aushöhlung – entschieden. Wohin diese Art von Politik letztlich führt, hat der bisherige IG-Medien-Vorsitzende Detlef Hensche einmal auf den Punkt gebracht: Eine solche Gewerkschaft drohe, nicht mehr Teil der Lösung zu sein, sondern Teil des Problems zu werden. Allerdings sind da noch die Mitglieder. Die erwarten in der kommenden Tarifrunde deutliche Lohnerhöhungen und endlich ein Ende der Bescheidenheit.“

Arbeitsniederlegung bei DaimlerChrysler in Bremen

Es kommt, wie es kommen muss.

Die Tarifabsenkungen des Volkswagen-Modells bleiben nicht auf Neueingestellte beschränkt. Die Bosse wollen diese Verschlechterungen überall.

Bei DaimlerChrysler in Bremen verlangten die Manager parallel zu den Verhandlungen bei Volkswagen, „Aufholschichten“ und ein „offenes“ Arbeitsende a la VW-Modell 5.000 x 5.000. Durch den Abschluss beim Volkswagen-Konzern fühlten sie sich in ihrer Position bestärkt. Die Belegschaft machte ihnen aber erst mal einen Strich durch die Rechnung.

2.500 Beschäftige, der größte Teil einer Schicht, legten am 6. September vormittags die Arbeit nieder. Fast 90 Minuten stand die Produktion still.

Als der Werkleiter den Streikenden arbeitsrechtliche Abmahnungen androhte, gab es lautes Getöse und die Gegendrohung, für diesen Fall nochmal die Arbeit niederzulegen. „Wenn es sein muss, dann eben täglich.“

Personalratsvorsitzender Manfred Engelhardt

Gerichtsverhandlung um 3. Kündigung

Am 25. Oktober findet vor dem Verwaltungsgericht Aachen die Gerichtsverhandlung gegen die dritte Kündigung von Manfred Engelhardt statt. Die Arbeitgeberseite lässt nicht locker, den seit 27 Jahren amtierenden Personalratsvorsitzenden des Studentenwerks Aachen loszuwerden. Sie will damit dem bisher erfolgreichen Widerstand gegen Privatisierung, gegen Ausstieg aus dem BAT und BMTG, gegen Arbeitsplatzvernichtung, gegen Kürzung von Landesmitteln und gegen Verschlechterungen der Leistung für die StudentInnen die Spitze nehmen.

Das „Netzwerk für eine kämpferische und demokratische ver.di“ hat dagegen eine Resolution verfasst, die bereits von zahlreichen Personal- und Betriebsräten und Gewerkschaftsgliederungen unterschrieben wurde.

Wir rufen alle GewerkschafterInnen auf, ihre Solidarität mit Manfred Engelhardt vor dem Gerichtstermin am 25. Oktober zu verstärken.

Unterstützt den Aufruf des ver.di-Netzwerks, schreibt Protest- und Solibriefe.

Unterstützt Manfred Engelhardt bei seinem Gerichtstermin
am 25. Oktober
um 14.00 Uhr
vorm Verwaltungsgericht,
Kasernenstraße 25, Aachen

Der Aufruf kann abgerufen werden unter
www.labournet.de/solidaritaet/studwerk2.html

Nähere Infos:
netzwerk_kdoetv@gmx.de,
Tel. 0221/6909723 oder
Solikomitee Aachen,
Tel.: 0241/5150972

Stoppt den Krieg – organisiert Schülerstreiks!

wi!-Demonstration am 20. September gegen den Krieg in Stuttgart

Die Berichte stammen von den örtlichen wi!-Gruppen

Berlin

In Berlin rufen wir derzeit zu einem Schülerstreik auf.

Diese Idee stößt bei vielen Schülerinnen und Schülern auf große Unterstützung.

Deshalb wollen wir am Tag X (dem Tag des Militäreinsatzes von USA/NATO) um 11 Uhr alles liegen lassen und eine Kundgebung starten. Aber auch schon davor planen wir einen Schülerstreiktag.

Dafür gab es jetzt das erste Treffen, bei dem 19 Schülerinnen und Schüler aus den verschiedensten Schulen Berlins teilnahmen. Bei diesem Treffen haben wir beschlossen, ein Bündnis „Schülerinnen und Schüler gegen den Krieg" zu organisieren.

Auf einer Demonstration mit etwa 10.000 Leuten konnten wir die Idee des Schülerstreiks noch bekannter machen.

Auf dem nächsten Treffen wollen wir über eine konkrete Umsetzung des Streiks diskutieren und dann wird hoffentlich bald losgelegt.

Bremen

In Bremen ging es in der letzten Zeit ziemlich zur Sache. Vor dem Angriff auf das World Trade Center waren wir in der Radiosendung „Radio Grenzenlos" zu Gast und haben dort eine Stunde lang über Genua und die Ursachen und Auswirkungen der Globalisierung diskutiert. Aber auch bei uns steht im Moment der mögliche Krieg ganz im Vordergrund.

So haben wir am 22.9. auf einer Demonstration gegen den Krieg mit ungefähr 1.500 Leuten eine Rede gehalten. Auf jeden Fall planen wir noch weitere Veranstaltungen und Aktionen hier in Bremen.

Rostock

In Rostock gab es in den letzten Tagen einiges an Protesten gegen einen drohenden Krieg. 1.000 Schülerinnen und Schüler nahmen an einer Demonstration gegen den Krieg teil, das ist eine Menge für eine kleine Stadt wie Rostock.

Natürlich organisierten wir auch selbst Protest. So haben wir mitten in der Innenstadt Transparente aufgehangen und Pappwände aufgestellt, auf den Leute unterschreiben konnten, warum sie gegen den Krieg sind. Die Aktion kam super an. Immer wieder bildeten sich regelrechte Menschentrauben. Besonders viele junge Leute waren von der Aktion begeistert.

Wir organisierten auch ein Treffen, auf dem 24 Leute anwesend waren und heiss diskutierten.

Stuttgart

Etwa 200 Leute kamen am Donnerstag, den 20. September zu einer Demonstration „Kein Terror – kein Krieg!", zu der wi!-Stuttgart aufgerufen hatte. Trotz der Betroffenheit über die Opfer des Terroranschlages herrschte auf der Demo eine kämpferische Stimmung. In Reden und Parolen forderte wi! eine Beseitigung der Ursachen von Terror und Krieg, statt mit Bomben weitere unschuldige Menschen zu treffen. Anne Schnatterer forderte im Namen der SAV, den Kampf für eine sozialistische Alternative zum Kapitalismus zu führen. In einer sozialistischen Welt wären soziales Elend, Armut und Hunger beseitigt und damit dem religiösen Fanatismus den Nährboden entzogen.

Laut und deutlich wandte sich die Demo gegen die Kriegsvorbereitungen der NATO und der rot-grünen Bundesregierung. Nach dem Demonstrationszug fand noch eine zentrale Kundgebung mit 400 TeilnehmerInnen statt, zu der auch das Friedensnetz aufgerufen hatte.

In Stuttgart wird es auch am Tag eines möglichen Militärschlages um 18 Uhr und am Samstag eine Woche danach um 12 Uhr auf dem Schloßplatz Kundgebungen gegen den Krieg geben, zu denen auch wi!-Stuttgart und die SAV-Stuttgart aufrufen.

1.600 Schülerinnen und Schüler gingen am 19. September in Berlin gegen den Krieg auf die Straße

Erfolgreiche Gründung von Socialist Youth in Irland

Am 1. September trafen sich 60 Jugendliche aus Nord- und Südirland in Dublin, um die sozialistische Jugendorganisation „Socialist Youth" zu gründen. Die TeilnehmerInnen diskutierten und stimmten über ein sozialistisches und kämpferisches Programm für Jugendliche in beiden Landesteilen ab: Gegen Terror und gegen die Spaltungspolitik der Nationalisten und Loyalisten, für einen ausreichenden Mindestlohn für Jugendliche, mehr Geld für Bildung, einen besseren Öffentlichen Nahverkehr und gegen Rassismus. Aber auch Forderungen, wie kostenloser Fahrschulunterricht in den Schulen oder gegen Kommerzsport und –musik, wurden mit in das Programm aufgenommen.

Die Konferenz, die als ‚Konferenz der am schnellsten wachsenden Jugendorganisation Irlands' angekündigt wurde, war von einer enthusiastischen Aufbruchstimmung gekennzeichnet. Es wurde von allen TeilnehmerInnen die historische Bedeutung dieser Konferenz betont und sich das Ziel gesetzt, nächstes Jahr 400 neue Mitglieder zu haben.

Der Anschluss an International Socialist Resistance (neue internationale sozialistische Jugendorganisation, die während der Demo in Brüssel gegen den EU-Gipfel im Dezember gegründet werden soll, und an der sich widerstand international! in Deutschland ebenfalls beteiligen wird), wurde einstimmig angenommen.

Mit der Beteiligung an der Demo gegen den EU-Gipfel wurde sich außerdem vorgenommen, die antikapitalistische Bewegung endlich auch nach Irland zu holen.

Am Freitag, den 21. September demonstrierten 15.000 Menschen auf einer Demonstration des Europäischen Gewerkschaftsbunds (EGB) in Lüttich (Belgien) zum Treffen der EU-Finanz- und Wirtschaftsminister.
Internationaal Verzet (Internationaler Widerstand) organisierte einen eigenen Block auf der Demonstration mit rund 250 TeilnehmerInnen. Im Anschluss an die Demonstration fand ein Treffen von Internationaal Verzet mit rund 60 TeilnehmerInnen statt.
Leider hatte die Gewerkschaftsführung abgelehnt, zusammen mit linken Organisationen zu demonstrieren. Auch bei den geplanten Demonstrationen in Brüssel gegen den Gipfel der EU-Regierungschefs im Dezember vertritt der EGB eine solche Position und will einen Tag früher als das Bündnis demonstrieren.
Am darauf folgenden Tag fand die Demonstration eines linken Bündnisses statt. Bei der Anreise durchsuchte eine Anti-Terror-Einheit (!) alle Passagiere eines Zuges aus Antwerpen und drohte Verhaftungen vorzunehmen.

Mach mit bei wi! – widerstand international!

widerstand international – gegen die Diktatur der Banken und Konzerne! Ist eine unabhängige Jugendkampagne. Schon in mehr als ein Dutzend Städten in den verschiedenen Teilen Deutschlands wurde die Kampagne in den letzten Wochen und Monaten gestartet. Eine ganze Reihe von Gruppen wurden ins Leben gerufen. Nach Göteborg mobilisierte widerstand international! – wi! nach Genua. Jetzt setzen wir uns aktiv gegen einen Krieg ein und starten in den verschiedensten Städten Aktionen und Veranstaltungen gegen Terror – gegen Krieg.

wi! denkt, dass es jetzt notwendig ist, die Schülerinnen und Schüler zu mobilisieren und in allen Städten zu Schülerstreiks aufzurufen. Darüber hinaus müssen Schülerinnen und Schüler, Studentinnen und Studenten, Arbeiterinnen und Arbeiter und Rentnerinnen und Rentner gemeinsam gegen einen Militärschlag der USA/NATO Protest organisieren.

wi! will aber noch mehr: wi! will Diskussionen darum beginnen, wie die internationale antikapitalistische Bewegung weiter aufgebaut wird und wie sie international gegen globale Aufrüstung, Militarisierung und Kriege vorgehen kann. wi! will über Forderungen und Programm diskutieren. Nach Bei Redaktionsschluss trafen sich etwa 100 wi!-Aktivistinnenen und Aktivisten, um ein Programm gegen den globalen Kapitalismus und seine Auswirkungen zu diskutieren.

Die Infos und das diskutierte Programm erhaltet ihr unter: Mail: *widerstand_international@web.de oder unter Telefon 030/247 238 04.*

Castor stoppen – Atomkraftwerke abschalten

Vermutlich am 5. und 6. November rollt zum zweiten Mal in diesem Jahr ein Castor ins Wendland. Es ist schon jetzt klar, dass auch dieser Transport von massiven Protesten begleitet wird. Genau wie im März dieses Jahres, als weit über 20.000 Menschen gegen den damals ersten Atommülltransport unter Rot-Grün und den „Atomnonsens" aktiv wurden.

Von Eckhard Geitz, Kassel

Seitens der Regierung wurde als Reaktion auf den Protest behauptet, es handele sich bei den Transporten um welche, die man aufgrund von Verträgen zurücknehmen müsse. Dies seien, so Trittin, sinnvolle Transporte. Diese Lüge, die damals schon keine/r glaubte, wurde von der Regierung selbst enttarnt. Denn seit März rollen ständig, fast jede Woche, Castortransporte zu den Plutoniumfabriken La Hague oder Sellafield, die infolge der „Wiederaufbereitung" (eigentlich müsste es Plutoniumherstellung heißen), Flüsse, Meere und die ganze Natur verpesten. Es geht also überhaupt nicht darum, irgendwelche Verpflichtungen gegenüber der französischen Regierung einzuhalten, sondern den ungehinderten Fortbetrieb der Atomkraftwerke selbst gegen den breitesten Widerstand aus der Jugend und der Arbeiterklasse durchzusetzen.

Warum so viele Polizisten?

Es geht darum, Konzernen wie Siemens und anderen die Profite zu sichern und sich einen Dreck um die Bedürfnisse der ArbeiterInnen zu scheren. Nur mit Hilfe von massiver Gewalt konnte der letzte Wendland-Castor durchgesetzt werden. Nur mit Hilfe von 30.000 Polizisten, 90 Hubschraubern, Wasserwerfern, Knüppeln und Tränengas konnten die Profitinteressen der Konzerne geschützt werden.

Mit Lügen und Polizeiprovokateuren, Verhaftungen und Hetze gegen die AktivistInnen von Greenpeace und Robin Wood, die angeblich unmündige Jugendliche zu Straftaten verleiten, hat es der Staat geschafft den Atomdreck, der noch in einer Million Jahren die Umwelt vergiften wird, nach Gorleben zu schaffen.

Nur selten wird so deutlich, für wen die Gesetze da sind und gegen wen sie als Argument für Repressionen eingesetzt werden. Sie werden für die Profitinteressen der Banken und Konzerne eingesetzt und gegen die, die sich engagieren und auf die ungeheuren Gefahren, die von der Nutzung der Kernenergie ausgehen, hinweisen. Schon kurz nachdem der Castor durch Niedersachsen geprügelt wurde, passierte genau das, was die AtomkraftgegnerInnen meinen, wenn sie sagen, es gebe keinen sicheren Castor. Beim Abladen des Behälters ist die Bodenplatte abgerissen und es sei, so die bürgerliche Presse, nur heiße Luft entwichen. Dass dies der Fall war, glaubt mittlerweile nicht mal mehr die Polizei, die innerhalb der Gewerkschaft der Polizei immer deutlicher artikuliert, dass sie nicht verheizt werden will in Einsätzen, die gegen ihr eigenes Interesse stehen. Auch die Polizisten merken, dass sie lediglich Mittel sind, dass sie nicht das geringste Mitbestimmungsrecht haben über das, was sie tun und dass es nicht in ihrem Interesse sein kann, Leute zu verprügeln, die genau wie sie gegen Atomkraft und deren Auswirkungen sind. Und während sie neben dem Castor herlaufen, müssen sie sich auch noch verstrahlen lassen.

Alternative muss erkämpft werden

In der VORAN Nr. 226 haben wir vorgestellt, welche Alternativen zur profitorientierten Stromwirtschaft möglich sind und welche alternativen Energieformen ungenutzt bleiben (z.B. Biomasse oder Geothermik). Erneuerbare Energieformen sind die Ressource, die das jetzige Stromaufkommen mehr als 3.000 mal, würden sie geplant eingesetzt, abdecken könnten. Eine Umstellung der Energiepolitik in der Form ist allerdings nicht als Zugeständnis der Herrschenden zu erwarten, sondern diese Energiewende muss organisiert erkämpft werden. Den Anfang macht die Anti-Atom-Bewegung damit, dass sie große Proteste organisiert, an denen sich Tausende Menschen beteiligen. Aus der Bewegung kommt ein großer Teil des Wissens, welches wir heute über alternative Energiegewinnung haben. Doch wenn es darum geht, Atomkraftwerke ein für allemal abzuschalten, dann muss auch das genau geplant sein. Langfristig abschalten, kann man nur, was man kontrolliert. Also müssen die Atomkraftwerke der Kontrolle durch die Konzerne entzogen werden und in die demokratische Kontrolle durch die ArbeiterInnen überführt werden. Dazu benötigen wir Proteste und Streiks. Wir fordern alle auf, sich mit an den Protesten zu beteiligen.

Wir fordern:

- Sofortige Stilllegung aller AKW's. Gleichwertige Ersatzarbeitsplätze für alle Beschäftigten
- Die hohen Rücklagen der Atomindustrie müssen für die Endlagerung eingesetzt werden
- Gemeinsamer Kampf von AtomkraftgegnerInnen, Gewerkschaften und den Beschäftigten im Energiebereich gegen die Liberalisierung der Stromwirtschaft und für den sofortigen Atomausstieg
- Alle Energiekonzerne sind zu enteignen und unter demokratische Kontrolle und Verwaltung zu nehmen
- Für ein öffentliches Investitionsprogramm zur Einsparung von Energie und für die Erforschung und den Einsatz regenerativer Energieformen

Die Ursachen für Terror und Krieg

Grenzenlose Ungerech

Nach den Selbstmordattentaten vom 11. 9. fragen sich viele Menschen, wie so etwas möglich ist. Was treibt Menschen dazu, nicht nur sich selber, sondern tausende andere in einer wahnwitzigen Aktion in den Tod zu reißen? Die meisten Medien und Politiker haben eine schnelle Antwort: es handele sich um einen Akt „unzivilisierter" Menschen gegen „unsere westliche Zivilisation und unser Wertesystem", der „Zusammenstoß der Kulturen" wird beschworen und damit reaktionärsten rassistischen Ideologien Nahrung gegeben. Die Kriegspläne der USA und ihrer Verbündeten werden nun als notwendige Verteidigung der westlichen Zivilisation dargestellt. Die Angst der Bevölkerung wird von den Regierenden und Militärs ausgenutzt, damit die Menschen in den USA und Europa einen langen Krieg mit vielen Todesopfern hinnehmen.

Sascha Stanicic, Bundessprecher der SAV, geht auf diesen Seiten der Frage nach, was die tieferen Ursachen für den Terrorismus sind und worin die eigentlichen Interessen der USA und ihrer Verbündeten bestehen.

Jeden Tag wird weltweit für Rüstung ungefähr doppelt soviel Geld ausgegeben, wie die ärmsten 1,2 Milliarden Menschen zusammengenommen an Einkommen haben. Mehrere hundert Millionen Kinder müssen heute hart arbeiten, mehrere Millionen sind Sklaven. Viele Kindersklaven leben zum Beispiel im Sudan (siehe Foto)

Stell dir vor, du bist ein zwanzigjähriger palästinensischer Jugendlicher im Gaza-Streifen. Deine Eltern wurden Ende der 60er Jahre aus ihrer Heimat vertrieben. Du lebst in einem Flüchtlingslager, musstest mit 14 Jahren die Schule beenden und bist arbeitslos, wie die meisten deiner Freunde. Deine Zukunftsperspektive ist, wie deine Eltern in den letzten drei Jahrzehnten, dein Leben in diesem Flüchtlingslager, ohne Arbeit, ohne Rechte zu verbringen.

Oder stell dir vor, du lebst im Irak. Du bist eine 30-jährige Frau und hast in den 90er Jahren drei Kinder zur Welt gebracht. Zwei davon sind gestorben, eines ist aufgrund der vom Einsatz uranhaltiger Munition im Golfkrieg verursachten radioaktiven Verseuchung ganzer Regionen des Irak behindert zur Welt gekommen und nach vier Monaten gestorben, das andere ist mit vier Jahren an einer Lungenentzündung gestorben. Medikamente und nahrhafte Lebensmittel, die dies hätten verhindern können, gab es nicht.

Sterbeverhältnisse

Solche Schicksale gibt es im Nahen Osten und dem gesamten arabischen Raum, wie auch in Afrika, im Rest von Asien und in Lateinamerika millionenfach. Die große Mehrheit der Weltbevölkerung lebt unter Bedingungen, die menschenunwürdig sind. Drei Milliarden Menschen leben von weniger als zwei US-Dollar am Tag. Jeden Tag sterben nach Angaben des UNHCR (UN-Flüchtlingskommissariat) täglich 40.000 Kinder, weil sie unterernährt sind. 39,3 Millionen Menschen sind laut UNHCR auf der Flucht, weil sie in ihrer Heimat vor Kriegen, Umweltkatastrophen oder Hunger davonlaufen müssen.

Diese Lebensverhältnisse, die man eher als Sterbeverhältnisse bezeichnen kann, sind die Ursache von Verzweiflung, Frustration, Wut und Hass. Die Wut und der Hass richten sich gegen diejenigen, die offensichtlich von dem Elend und der Armut der Menschen in der so genannten Dritten Welt profitieren und dafür sorgen, dass diese nicht aus Elend und Armut herauskommen. Die USA, als führende kapitalistische Wirtschaftsmacht und als Mutterland der meisten multinationalen Konzerne, sind zum Hauptfeind der Massen in den armen Ländern geworden.

Islamischer Fundamentalismus

Früher konnten linke und sozialistische Bewegungen durch die herrschenden Verhältnisse in vielen dieser Länder große Unterstützung gewinnen. Bis zum Ende der 80er Jahre gab es in all diesen Ländern kommunistische oder sozialistische Massenbewegungen. Viele dieser Bewegungen orientierten sich fälschlicherweise an den stalinistischen Diktaturen in der Sowjetunion, Osteuropa oder China. Mit ihrer verfehlten Politik scheiterten sie und viele zerbrachen nach dem Niedergang der stalinistischen Staaten oder passten sich an und liefen in das Lager des Kapitalismus über. Aufgrund dieses Versagens der traditionellen Linken (welches erstmals 1979 in der iranischen Revolution zu einem Desaster führte) konnten verschiedene Kräfte des islamischen Fundamentalismus wachsende Unterstützung gewinnen. Sie präsentieren sich als entschlossene Kämpfer gegen die Ausbeutung und die Dominanz der armen Länder durch die reichen kapitalistischen Staaten und multinationalen Konzerne. Auf dieser Grundlage können sie viele der verzweifelten und frustrierten Menschen in ihre Gruppen rekrutieren, sie mit religiösem Fanatismus infizieren und einige von ihnen zu Selbstmordattentätern machen.

Imperialismus

Die Ausbeutung der armen Länder hat System und dieses System heißt Imperialismus. Die Dominanz der imperialistischen Mächte – der USA, Japans und der führenden europäischen Staaten – hat sich in den letzten Jahren durch den Prozess der kapitalistischen Globalisierung verstärkt. Percy Barnevik, Präsident des ABB-Konzerns, erklärt die Globalisierung so: *„Ich definiere Globalisierung als die Freiheit unserer Firmengruppe, zu investieren, wo und wann sie will, zu produzieren, was sie will, zu kaufen und zu verkaufen, wo sie will, und alle Einschränkungen durch Arbeitsgesetze oder andere gesellschaftliche Regulierungen so gering wie möglich zu halten."* Genau das praktizieren die multinationalen Konzerne weltweit: sie zwingen den armen Ländern ihre Bedingungen auf. Als Instrumente können sie die mächtigen Institutionen Internationaler Währungsfonds (IWF), Weltbank (WB) und Welthandelsorganisation (WTO) nutzen. Durch die Verschuldung der armen Länder bei westlichen Banken und Regierungen sind diese dem Westen ausgeliefert (die 21 am meisten verschuldeten Länder hatten Ende 1999 zusammen 1,7 Billionen US-Dollar Schulden). Es wird geschätzt, dass der IWF de facto 75 Regierungen der ärmsten Länder kontrolliert, da sie vollständig von seiner Kreditvergabe abhängig sind und sich seinen Forderungen beugen müssen. So entscheiden die internationalen Institutionen, in denen wiederum die großen kapitalistischen Staaten – allen voran die USA – den Ton angeben, letztlich über Privatisierungen, Abbau von Sozialleistungen, Aufhebung von Lebensmittelsubventionen und Subventionen für Kleinbauern, Kürzungen im Bildungswesen, die Vernichtung tausender Arbeitsplätze.

Multinationale Konzerne lassen weltweit zu Hungerlöhnen arbeiten. Mindestlöhne, gewerkschaftliche Rechte, Sicher-

Die USA und der arabische Raum

Lord Curzon, britischer Statthalter in Indien von 1898 bis 1905 bezeichnete Afghanistan und die anderen Staaten Zentralasiens als „Figuren auf einem Schachbrett", auf dem um die „Weltherrschaft" gespielt wird. Dieses Spiel wurde von den Regierenden in den USA in den letzten Jahrzehnten dominiert und es ist, ausgelöst durch die Terroranschläge von New York City und Washington DC, in eine neue, „heiße" Phase getreten.

Die Antwort gab der damalige Vorsitzende des Unterausschusses für Europa und den Nahen Osten im US-Repräsentantenhaus, George Hamilton, schon zu Beginn des Golfkrieges gegen den Irak 1991: „Der Grund für unseren Einsatz am Golf ist viel alltäglicher: Geld und Öl – und wer die Kontrolle darüber ausübt." Auch 1991 verpackte die US-Regierung ihren Krieg für Öl mit demokratischen, ja geradezu humanistischen Phrasen. Die Rechte des, vom Irak damals besetzten, kuwaitischen Volkes sollten verteidigt werden, die weltweite Bedrohung von Frieden und Sicherheit durch den irakischen Diktator Saddam Hussein, der als „der neue Hitler" bezeichnet wurde, sollte bekämpft werden. Heute heißt die neue Bedrohung „islamischer Fundamentalismus" und der neue Hitler heißt Osama bin Laden. Die Bedrohung ist real, das wurde am 11. September deutlich (auch wenn es alles andere als sicher ist, dass tatsächlich bin Laden hinter den Anschlägen steckt). Doch das Problem ist, in vielerlei Hinsicht, hausgemacht. Die USA ernten die bitteren Früchte ihrer jahrzehntelangen imperialistischen Politik in der Region. Die Geister, die sie riefen können sie nicht mehr kontrollieren.

Die Bedeutung der Region

In dem Gebiet zwischen Kaspischem Meer und Persischem Golf lagern die größten Öl- und Erdgasvorkommen der Welt. Allein in Usbekistan werden die Rohstoffvorkommen auf einen Gesamtwert von 6,6 Trillionen Mark geschätzt. Im Kaspischen Becken werden die zweitgrößten Erdölreserven der Welt vermutet. Auch im Irak gibt es riesige Erdölvorkommen. In Afghanistan sind die Rohstoffvorkommen zwar gering, aber um das Öl und Gas vom Kaspischen Meer zu transportieren, ohne Russland oder den Iran passieren zu müssen, bedarf es einer Pipeline durch Afghanistan und Pakistan bis zum Indischen Ozean. Das erste Interesse des Imperialismus in der Region besteht also darin, möglichst direkten und stabilen Zugriff zu den Erdölvorkommen und möglichst sichere Transportwege zu haben. Dies ist Hintergrund und Leitlinie der Politik von USA und anderen imperialistischen Staaten in der Region.

Eine blutige Geschichte

Die Geschichte des amerikanischen „Engagements" im Nahen Osten und dem arabischen Raum ist in Blut geschrieben und hat viele Kapitel. Eines davon, wahrscheinlich das längste und wichtigste, ist die finanzielle, politische und militärische Unterstützung für die Politik des Staates Israel gegen die palästinensische Bevölkerung. Israel wird vom westlichen Imperialismus als eine Statthalterin seiner Interessen im Nahen Osten betrachtet. Kein Land erhält von den USA mehr Zuschüsse und Waffen als Israel. Diese Waffen und dieses Geld wurden in den letzten Jahrzehnten zur Besetzung der Palästinensergebiete, zur Vertreibung von über einer Million PalästinenserInnen, zur Invasion im Libanon benutzt. Die existierenden UN-Resolutionen, die das israelische Vorgehen verurteilen, waren für die USA bei ihrer Politik nicht von Interesse. Als 1982 beim Einmarsch der israelischen Armee im Libanon 17.500 PalästinenserInnen umgebracht wurden, gab es keinen Aufschrei der Empörung und wurde kein Feldzug gegen diesen Staatsterrorismus ausgerufen.

US-Terror gegen das irakische Volk

Irak gilt heute als „Schurkenstaat". Der Diktator Saddam Hussein wird von den USA isoliert und bekämpft. Doch Saddam ist ein Ziehkind der USA, dessen brutale Methoden den Herrschenden in Washington DC solange genehm waren, wie er sie im strategischen Interesse der USA einsetzte. Nachdem 1979 die US-feindlichen Mullahs im Iran an die Macht gekommen waren, war die größte Sorge des Westens eine Ausdehnung der sogenannten „islamischen Revolution". Der Krieg des Irak gegen den Iran war aus ihrer Sicht eine willkommenes Mittel eine solche Ausdehnung zu verhindern. Folglich erhielt Saddam Militärhilfe aus den USA und viele westliche Firmen belieferten ihn und verhalfen ihm dadurch zu der Möglichkeit Giftgas zu produzieren. Als er dieses 1988 gegen die kurdische Bevölkerung in der Stadt Halabja einsetzte und 5.000 Menschen umbrachte, war dies für die USA kein Grund ihre Irak-Politik zu ändern. Dies erfolgte erst, als Saddam nicht mehr nach der US-Pfeife tanzen wollte und 1990 Kuwait besetzte und durch die Kontrolle über die kuwaitischen Ölquellen den Ölpreis nach oben treiben wollte. Seitdem führen die USA (und Großbritannien) einen nicht endenden Feldzug gegen den Irak.

Während des Golfkrieges wurden durch die Angriffe der USA und ihrer Verbündeten wahrscheinlich bis zu 100.000 ZivilistInnen und irakische Wehrpflichtige getötet, Bagdad wurde bombardiert und entwaffnete, sich auf der Flucht befindende irakische Soldaten wurden vom US-Militär abgeschlachtet – für die US-Generäle waren das nur „Kollateralschäden". Seitdem halten die USA das Wirtschaftsembargo gegen den Irak gegen alle Widerstände aufrecht Das nicht zuletzt weil die USA und Großbritannien bei den Verträgen zur Erdölförderung zwischen dem Irak und ausländischen Firmen weitgehend leer ausgegangen sind. Viele abgeschlossene Verträge liegen in den Schubladen und die Firmen warten auf ein Ende der Sanktionen, doch dabei handelt es sich vor allem um chinesische, französische und russische Firmen.

An den Folgen dieser Sanktionen (unter anderem Mangel an Lebensmitteln und Medikamenten) sind nach unterschiedlichen Angaben in den 90er Jahren 500.000 bis eine Million Menschen gestorben, jeden Monat sterben 6.000 Kinder im Irak daran. Die damalige US-Außenministerin Albright bezeichnete das als einen „Preis, der sich zu zahlen lohnt". Dennis Halliday, ehemaliger UN-Beauftragter im Irak sagte zu den Sanktionen: „Wir sind dabei eine ganze Gesellschaft zu zerstören ... es ist illegal und unmoralisch." Seit 1991 wurden in regelmäßigen Bombenangriffen auf den Irak 20.000 Raketen abgefeuert. Zwischen Dezember 1998 und Februar 2001 wurden dabei alleine 325 ZivilistInnen getötet und 1.000 verletzt.

Taliban und bin Laden

Die USA haben dem „Bösen" in der Welt ein Gesicht und einen Namen gegeben: Osama bin Laden. Als des Teufels Hilfstruppen werden die Taliban angeklagt, die ihm in Afghanistan Asyl gewähren. Wie im Falle Saddam Husseins wurden auch Osama bin Laden und seine fundamentalistischen Unterstützer, sowie die Taliban vom westlichen Imperialismus finanziert, ausgebildet und ausgerüstet, denn sie führten in den 80er Jahren für den Westen einen Stellvertreterkrieg gegen das stalinistische System in Afghanistan. Folgende zwei Zitate aus der Süddeutschen Zeitung machen dies deutlich: Über Osama bin Laden schreibt die SZ: „Dieser Sohn einer saudischen Mutter und eines jemenitischen Vaters wurde zunächst von niemand anderem als den USA unterstützt. Sie brauchten ihn und seine Verbindungen für ihren Kampf gegen die Sowjets in Afghanistan. Dass der Saudi Osama bin Laden Bürger eines Landes war, das bis heute einen äußerst fundamentalistischen Islam vertritt und darüber hinaus ein straff autoritäres Regime installiert hat, störte die USA noch nie. Schließlich gehört das saudische Königreich wegen seiner Ölreserven zu den engsten Verbündeten der USA." (SZ vom 14.9.2001)

Und über die Taliban: „Hinter dem Aufstieg der Taliban standen aber auch handfeste wirtschaftliche und politische Interessen der amerikanischen Supermacht, Saudi-Arabiens und Pakistans. Diese drei Staaten wollten den Erdöl- und Erdgasexport zentralasiatischer Republiken via Russland oder den Iran verhindern. Um eine Pipeline durch Afghanistan nach Pakistan an den Indischen Ozean zu bauen, brauchte man ein stabiles Regime in Afghanistan.

Nach Jahren des Krieges und Bürgerkrieges versprachen die Taliban Stabilität. Mit den Taliban förderte man aber auch eine extreme Form des islamischen Fundamentalismus, die man nun bekämpfen will." (SZ vom 22.9.2001)

Der US-Geheimdienst CIA hat in den 80er Jahren islamische Fundamentalisten in der ganzen Welt rekrutiert, nach Pakistan zur Ausbildung geschickt und dann nach Afghanistan in den Kampf ziehen lassen. 80.000 reaktionäre Moslems sollen diesen Weg gegangen sein, einer davon war Osama bin Laden.

Schlussfolgerungen

Wenn ein unabhängiges und faires Gerichtsverfahren über die Verantwortlichen der Terroranschläge vom 11. September richten würde, dann müssten drei Dinge zu Tage treten: Erstens würden so viele weitere Verbrechen und staatsterroristische Akte Erwähnung finden, dass es zu einer Reihe von Folgeprozessen gegen die USA und ihre Verbündeten, gegen den Staat Israel, gegen Saddam Hussein etc. kommen müsste. Zweitens gehören die USA und ihre Verbündeten, westliche Rüstungskonzerne und Ölkonzerne, die saudische Regierung und viele andere ebenfalls auf die Anklagebank. Drittens müssen die tiefer liegenden sozialen, politischen und wirtschaftlichen Ursachen bekämpft werden, um eine friedliche und sichere Welt zu schaffen.

Es wird kein unabhängiges und gerechtes Verfahren geben. Die USA haben ihr Urteil schon gefällt und es heißt Todesstrafe für tausende Menschen in Afghanistan und wahrscheinlich anderen Ländern der Region. Gleichzeitig werden bei der Exekutierung dieser Strafe viele Soldaten ihr Leben lassen müssen. Und es werden neue Täter geboren werden, die das Geschäft des Terrorismus weiter führen, auch wenn ein bin Laden und einige seiner Kumpanen gefasst oder getötet werden sollten.

Eine unabhängig
gebildet werden. D
internationalen, org
positionellen Bewe
Ländern des arabis
schenrechtsorganis
könnte nur dann er
Regime in Afghan
Region gestürzt w
heiminformationen
Staaten bekommen
Aufgabe der afgha
gabe der serbischen
sevic zu stürzen.

Es handelt sich u
keine einfachen un
sche Urteil eines u
ste lauten: sofortig
kratien weltweit. D
sachen für eine W
zweiflung und Ha
Profitgier die Basi
sollen, dann muss
tigt werden. Es mu
in dem die Bedürf
im Mittelpunkt st
einer Minderheit
Profitlogik muss d
gung ersetzt werd
und Konzernen d
fentliches Eigentu
renz durch sinnvo
Planung.

Der Kampf gegen
die Abschaffung d

echtigkeit

heitsstandards sind oft Fremdworte. Für ein Paar Nike-Schuhe, das im Laden für ungefähr 100 US-Dollar verkauft wird, erhalten die ArbeiterInnen, die es produziert haben, höchsten 1,50 US-Dollar. Shell ist zum Beispiel in Nigeria für die ökologische Zerstörung der erdölreichen Region im Niger-Delta verantwortlich.

Hinzu kommen die direkten politischen und militärischen Interventionen der USA und anderer imperialistischer Staaten zur Durchsetzung ihrer wirtschaftlichen und strategischen Interessen (siehe nebenstehenden Artikel und Kasten), ihre Unterstützung diktatorischer Regime weltweit und ihre Unterstützung für die Politik des israelischen Staates.

Nach dem Ende des Ost-West-Konflikts wurde der Menschheit eine neue Weltordnung bestehend aus Frieden, Sicherheit und Wohlstand versprochen. Daraus geworden ist eine neue „Weltunordnung". Nachdem im Anschluss an den Zusammenbruch der stalinistischen Staaten nun die ganze Welt wieder kapitalistisch ist, wachsen die Widersprüche zwischen den imperialistischen Staaten und kommt es zu mehr Militäreinsätzen. Die Militärausgaben sind seit 1998 sogar wieder um 5 Prozent gestiegen. ■

Aussichten

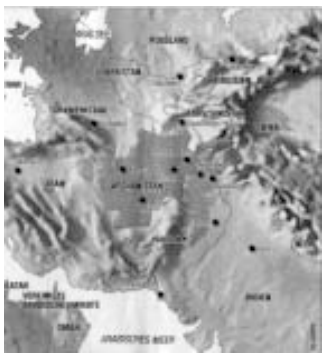
Wer auch immer die Täter der Anschläge waren, sie wollten die USA schwächen. Erreicht haben sie das Gegenteil: die Bush-Administration nutzt die Gelegenheit, um das weltweite Kräfteverhältnis zu ihren Gunsten zu verschieben. Und es ist ihnen, zumindest vorübergehend, schon gelungen.

Im Krieg gegen den Irak konnten die USA eine breite Koalition zusammenbringen, die eine Reihe arabischer Staaten und die damals noch existierende Sowjetunion umfasste. Die einzigartige Weltlage nach dem Zusammenbrauch des Stalinismus erlaubte das. Seitdem wurde die internationale Stellung der USA geschwächt. Bei den Angriffen auf den Irak 1998 und im Februar 2001 konnten sie auf keine breite Unterstützung mehr zurückgreifen. Dies hat vor allem mit dem Scheitern des so genannten Friedensprozesses im Nahen Osten und der Tatsache, dass Russland begonnen hat, seine eigenen imperialistischen Ansprüche geltend zu machen, zu tun.

Zurzeit scheint es den USA zu gelingen, eine noch breitere Koalition gegen bin Laden und die Taliban zusammen zu bekommen, als 1990/91 gegen den Irak, doch diese wird auch brüchiger sein. Sie bildet sich vor dem Hintergrund einer sehr viel instabileren Weltlage. Sobald es zu Militärschlägen beziehungsweise dem Beginn eines Krieges kommt, wird es zu einer weiteren Radikalisierung der Massen in der arabischen und moslemischen Welt gegen die USA kommen, was die jeweiligen Regime unter erheblichen Druck setzen wird. Ein möglicherweise langer Krieg wird, je länger er dauert, die Position der USA schwächen. Er wird auch die Gefahr weiterer Terroranschläge vergrößern.

Innenpolitisch versuchen die USA das „Vietnam-Syndrom" abzuschütteln, welches sie bisher davon abhielt, bei Militärinterventionen das Risiko von eigenen Verlusten einzugehen. Zurzeit wird das US-amerikanische Volk darauf eingestimmt, dass es in diesem „Krieg" ja schon über 6.000 Todesopfer gegeben habe und weitere folgen werden, wenn die Gefahr besiegt werden soll.

Betrachtet man die nationalistische und zum Teil chauvinistische Welle, die die USA erfasst hat, so ist nicht auszuschließen, dass sie auch das erreichen, aber ein neue in die Länge gezogener Krieg mit vielen US-amerikanischen Opfern wird früher oder später auch wieder zu einer breiten Antikriegsbewegung führen, die diesmal aber mit Kämpfen der US-Arbeiterklasse gegen die Auswirkungen der Wirtschaftskrise zusammen fallen kann. ■



Eine unabhängige Untersuchungskommission sollte gebildet werden. Die Verantwortung dazu läge bei der internationalen, organisierten Arbeiterbewegung, bei oppositionellen Bewegungen aus Afghanistan und anderen Ländern des arabischen Raums, bei Friedens- und Menschenrechtsorganisationen. Eine solche Kommission könnte nur dann erfolgreich arbeiten, wenn das Taliban-Regime in Afghanistan und andere Diktaturen in der Region gestürzt würden und sie Zugang zu allen Geheiminformationen in den USA und anderen westlichen Staaten bekommen würde. Die Taliban zu stürzen muss Aufgabe der afghanischen Massen sein, so wie es Aufgabe der serbischen Arbeiterklasse war, Slobodan Milosevic zu stürzen.

Es handelt sich um eine komplexe Situation, in der es keine einfachen und schnellen Lösungen gibt. Das politische Urteil eines unabhängigen Gerichtsverfahrens müsste lauten: sofortige Einführung sozialistischer Demokratien weltweit. Denn wenn die gesellschaftlichen Ursachen für eine Weltlage, die instabil ist, in der Verzweiflung und Hass die Basis von Terrorismus und Profitgier die Basis von Kriegen sind, beseitigt werden sollen, dann muss das kapitalistische Weltsystem beseitigt werden. Es muss ersetzt werden durch ein System, in dem die Bedürfnisse der Menschen und der Umwelt im Mittelpunkt stehen und nicht die Profitinteressen einer Minderheit von Reichen und Superreichen. Die Profitlogik muss durch die Logik der Bedürfnisbefriedigung ersetzt werden. Das Privateigentum an Banken und Konzernen durch demokratisch kontrolliertes öffentliches Eigentum ersetzt werden. Die Marktkonkurrenz durch sinnvolle, ökologische und demokratische Planung.

Der Kampf gegen den Krieg muss mit dem Kampf für die Abschaffung des Kapitalismus verbunden werden. ■

Die Blutspur des US-Imperialismus

Hiroshima und Nagasaki:

Bis heute sind die USA der einzige Staat, der Atombomben in einem Krieg eingesetzt hat. Als die militärische Niederlage Japans im Zweiten Weltkrieg schon sicher war, erteilten die USA den JapanerInnen noch eine grausame Lektion und vergolten damit aus ihrer Sicht den japanischen Angriff auf den US-Stützpunkt Pearl Harbour. Über 200.000 Menschen starben.

Vietnam:

Im Vietnamkrieg, der offiziell von 1964 bis 1975 dauerte, intervenierten die USA, um die Revolution, die den Kapitalismus stürzen konnte, zu verhindern. Mehr als 2 Millionen VietnamesInnen wurden getötet, 57.000 US-Soldaten kamen ums Leben. 8 Millionen Tonnen Bomben wurden abgeworfen, vier mal soviel wie im gesamten Zweiten Weltkrieg.

Indonesien:

Die USA planten und unterstützten Suhartos antikommunistischen Putsch im Jahr 1965 mit, bei dem mindestens 500.000 Menschen, Kommunisten bzw. deren Unterstützer, ermordet wurden. 10 Jahre später, als Indonesien im gerade unabhängig gewordenen Ost-Timor einmarschierte, das eine demokratisch gewählte Linksregierung besaß, stand die USA hinter Indonesien. Mehr als 90 Prozent der benutzten Waffen waren US-amerikanischer Herkunft. Während der entsetzlichen mehr als 20 Jahre dauernden indonesischen Besatzungszeit wurden mehr als 200.000 Menschen, ein Viertel der einheimischen Bevölkerung, getötet.

Chile:

Am 11. September 1973 putschte Pinochet gegen die gewählte linke Regierung unter Allende. Vor einigen Jahren gab die USA zu, was zu offensichtlich war, um es weiter zu leugnen: Ihre Beteiligung an Planung und Durchführung des Putsches. Während der 17 Jahre andauernden Diktatur Pinochets wurden 3.000 Menschen ermordet, sind 1.200 spurlos verschwunden und wurden 10.000 ins Exil getrieben.

Panama:

Im Dezember 1989 marschierten 24.000 Soldaten der Vereinigten Staaten in Panama ein. Der Diktator Noriega sollte verhaftet werden, da er die USA mit Drogen überflute. Noriega, ehemaliger CIA-Agent, wurde gefangen genommen und in die USA verschleppt. 500 Tote waren nach amerikanischer Rechnung die Folge, bis zu 5.000 geben Menschenrechtsorganisationen an.

Sudan:

Nach dem Anschlag auf die US-Botschaft in Kenia 1998, der angeblich von b in Laden organisiert worden sein soll, zerstörten die USA zur Vergeltung eine pharmazeutische Fabrik im Sudan durch Raketenbeschuss. Tausende starben an den direkten Folgen dieses Angriffs. 10 Monate später gibt die USA zu, dass keinerlei Beweise für eine Verbindung zwischen dieser Fabrik und bin Laden existieren.

Serbien:

Im März 1999 begann die von der USA geführte NATO einen Krieg gegen Serbien und Restjugoslawien, um, wie behauptet wurde, die ethnischen Säuberungen im Kosova zu stoppen. Während der Bombardierungen wurden mehr als 1.000 Zivilisten getötet. Die Säuberungen, die gestoppt werden sollten, eskalierten heftig und nach dem Krieg setzten Säuberungen in entgegengesetzter Richtung ein. Schätzungsweise 200.000 Serben und Roma wurden aus dem Kosova vertrieben. Der Krieg verhinderte außerdem zeitweise, was wirklich zum Sturz Milosovic führen konnte: eine massenhafte Bewegung von serbischen ArbeiterInnen und Jugendlichen, wie es ein Jahr später erfolgreich geschah.

Kolumbien:

Mit dem „Plan Colombia" intervenieren die USA direkt gegen die linke kolumbianische Guerilla FARC und für die Regierung, die mit einer wachsenden Massenbewegung der Arbeiterklasse und armen Bauern konfrontiert ist. Militärberater wurden ins Land geschickt und ein „Hilfspaket" von 1,3 Milliarden US-Dollar beschlossen. Damit soll ein Stellvertreterkrieg finanziert und geführt werden. ■

Die SAV fordert:

- ★ **Nein zu USA/NATO-Militärschlägen, die wieder hundert- und tausendfache unschuldige Opfer fordern werden**
- ★ **Stopp aller Waffenexporte**
- ★ **Statt weltweit Milliarden für Rüstung, Milliarden für die Beseitigung von Hunger und Elend**
- ★ **Ausbeutung und Unterdrückung sind die tiefere Ursache von Terror und Krieg: Nur soziale Gerechtigkeit kann Sicherheit und Frieden schaffen. Schluss mit der Diktatur der Banken und Konzerne. Überführung von multinationalen Banken und Konzernen in öffentliches Eigentum bei demokratischer Kontrolle und Verwaltung durch die arbeitende Bevölkerung!**
- ★ **Für die internationale Solidarität der arbeitenden und ausgebeuteten Menschen gegen Armut und Unterdrückung, gegen Terror und Krieg**
- ★ **Für den Aufbau einer politischen Alternative zu Bush, Blair und Schröder: Für neue sozialistische Arbeiterparteien international! Für den Aufbau einer neuen sozialistischen Internationale der ArbeiterInnen und Jugendlichen!**
- ★ **Schluss mit dem Embargo gegen das irakische Volk!**
- ★ **Nieder mit den diktatorischen Regimes im Nahen Osten. Dies können nur die arabischen Massen erreichen. Für den Aufbau neuer sozialistischer Arbeiterparteien in der Region, die eine Alternative zum islamischen Fundamentalismus darstellen können**
- ★ **Internationale Unterstützung der Arbeiteropposition in der Region**
- ★ **Schluss mit der Unterdrückung des palästinensischen Volkes und aller unterdrückten Völker. Für das Selbstbestimmungsrecht der Völker**
- ★ **Für ein sozialistisches Israel und ein sozialistisches Palästina in einer freiwilligen sozialistischen Föderation des Nahen Ostens**

Nach dem 11. September

Kriegsgegner fristlos gekündigt

Kurz-Interview mit Serdar Derventli, Leiter der Europa-Ausgabe der türkischsprachigen Arbeiterzeitung Evrensel

Was hat sich für ImmigrantInnen nach dem 11. September in Deutschland verändert?

Was sich genau verändert hat, werden wir wohl viel später sehen. Es hat sich jedoch eine ganz miese Stimmung gegen uns entwickelt, die durch die Bundesregierung und die bürgerlichen Medien zu verantworten sind. Durch die ganze Propaganda, die wir seit dem 11. September täglich erleben, werden Immigranten als „potenzielle Terroristen" angesehen und auch so behandelt. Wenn es jetzt irgendwo wieder zu rassistischen Übergriffen kommt, dann wissen wir auch, wer den „politischen Hintergrund" dazu geliefert hat.

Nimmt die Repression auch in den Betrieben zu?

Wir haben aus mehreren Betrieben die Information erhalten, dass es zu verbalen Attacken gekommen ist. Wohl gemerkt, es sind nicht nur die Immigranten, die Ziel dieser Attacken werden. Zahlreiche deutsche Kolleginnen und Kollegen sind auch zum Ziel geworden, weil sie eben eine andere Meinung vertreten, als was im Moment als herrschende Meinung im Umlauf ist.

Aus den Informationen, die wir erhalten haben, geht hervor, dass seit dem 11. September mindestens sieben Kolleginnen und Kollegen (aus Berlin, Lüdenscheid, Mannheim/Weinheim und Stuttgart) fristlos entlassen worden sind. Sie hatten sich entweder nicht an den von oben verordneten kollektiven Trauerminuten beteiligt oder sich kritisch zur Politik der US-Regierung geäußert.

Was weißt du über die veränderte Situation in der Türkei?

Die Kriegs- und Propagandamaschinerie läuft dort unten genau wie hier. Nur die Mittel und die Härte, mit der sie vorgehen, sind anders. Die türkische Regierung kann es kaum abwarten, sie möchte dass der „Krieg der Guten gegen das Böse" so schnell wie möglich anfängt und dass sie eben genau zeigen kann, „was sie drauf haben".

Denn sie betonen immer wieder gegenüber den USA und den anderen NATO-Ländern, dass die Türkei die „besten Erfahrungen im Kampf gegen den Terrorismus" vorzuweisen hat. Wie bekannt sein dürfte, wurden in der Türkei in den letzten 15 Jahren mehr als 30.000 Menschen (Zivilisten und Mitglieder der Kriegsparteien) ermordet.

Auf der Demo am 23.9. in Berlin

Afghanistan

Millionen Menschen auf der Flucht

Aus Angst vor dem drohenden Angriff auf Afghanistan sind zehntausende Menschen in dem Land auf der Flucht. Vor allem Frauen und Kinder versuchen aus dem Land zu gelangen, während die Männer für das Militär von der Taliban zurück gehalten werden. Doch sowohl Pakistan als auch der Iran haben die Grenzen dicht gemacht.

In Afghanistan sind bereits in den letzten 20 Jahren über 1 Million Menschen umgekommen. Seit Jahren befinden sich Tausende auf der Flucht, entweder vor der russischen Besatzung, den reaktionären Mujahedin oder jetzt vor der Talibanregierung.

Auf den Besitz von Fernsehern steht die Todesstrafe. In den letzten drei Jahren hat Afghanistan die schlimmste Dürrekatastrophe „seit Menschengedenken" (Tagesspiegel, 21.9.01) durchlitten. Das hat wieder Abertausende in die Flucht getrieben. Ein Viertel aller Kleinkinder erlebt den fünften Geburtstag nicht. Drei Viertel aller Afghanen haben weder Zugang zu sauberem Trinkwasser, noch zu einfachster medizinischer Versorgung (FAZ, 22.9.01).

Zu der jetzt schon katastrophalen Situation für die Zivilbevölkerung – nach Angaben von Hilfsorganisationen sind in „normalen" Zeiten bereits 6 Millionen Menschen von Hunger und Krankheiten bedroht – kommt hinzu, dass die Flüchtlingsorganisationen das Land verlassen haben. Auch die Flüchtlingslager können durch die angespannte Situation nicht mehr mit den notwendigsten Hilfsgütern versorgt werden. Wenn der Winter einsetzt, wird sich die Lage ins Undenkbare zuspitzen und verschlechtern.

Dem geplanten Krieg von Bush und NATO werden Tausende – wenn nicht Millionen – unschuldiger Zivilistinnen und Zivilisten zum Opfer fallen. Ob durch Bomben, Hunger, Kälte oder Krankheiten: Eine weitere humanitäre Katastrophe wird entstehen, wenn der Krieg nicht gestoppt wird. ■

Die Kriegsvorbereitungen von USA und NATO treiben Zehntausende in Afghanistan in die Flucht. Mit dem Abzug der Hilfsorganisationen droht Hunderttausenden Hunger und Tod in den nächsten Monaten

Pakistan

„Mehrheit gegen Kriegshysterie"

Von einem Besuch nach Pakistan und an die afghanische Grenze berichtet ein Korrespondent:

"Die Mehrheit in Pakistan ist gegen die Kriegshysterie. Die Idee eines „Heiligen Krieges" wird zurzeit nur von einer Minderheit vertreten. Die Fundamentalisten sind auffällig, weil sie besser organisiert sind. Aber sie haben erst einmal an Unterstützung verloren. Die Mehrheit der Pakistanis verurteilt die Anschläge in New York. Sie sind aber auch gegen Angriffe der US-Militärs. Sie denken, wenn die USA zuschlägt, wird der Fundamentalismus wachsen.

In Pakistan wird offen diskutiert, was Bush will. Viele meinen, die USA wollen den harten Kern der Taliban militärisch zerschlagen, den alten König als „ihren Mann" installieren und dann dort Truppen stationieren, nicht als vollständige Besatzung, sondern als „Stationierungsstreitkräfte". Ähnliches scheinen sie auch in Pakistan vorzuhaben.

Es kommen jetzt so viele Flüchtlinge aus Afghanistan. Die Fundamentalisten unter ihnen sind wütend auf die pakistanische Militärregierung, welche die Taliban erst aufgebaut hat und jetzt fallen lässt. Diese Leute werden die Lage in Pakistan explosiver machen.

Flüchtlinge, die gegen die Taliban sind, sind sehr vorsichtig und deprimiert. Sie denken nicht, dass das Eingreifen der USA zu Frieden führt. Sie sagen, dass es gut wäre, wenn die Taliban aus Kabul vertrieben würden, aber dass unter diesen Umständen nur ein Marionetten-Regime folgen würde, abhängig von den Großmächten, nur ein Spielball in der Konkurrenz von Mächten wie USA, Russland, Pakistan, Indien oder China."

USA

Den Kreislauf des Terrorismus durchbrechen!

Auszüge aus einer Stellungnahme der Socialist Alternative (Schwesterpartei der SAV in den USA) zu den terroristischen Attacken am 11. September

SozialistInnen verurteilen diese brutale Horrortat, die gewollte Abschlachtung von Tausenden unschuldigen Menschen.

Die Welle von Unterstützung, Solidarität, Aufopferung und Heldentum hat gigantische Ausmaße angenommen. Von überall strömten Tausende von Freiwilligen nach New York City, um irgendwie zu helfen. Im gesamten Land drängten die Menschen in die Blutbanken, um Blut zu spenden.

Kriegspropaganda

Die Menschen in den USA und auf der ganzen Welt sind geschockt, traurig, wütend und empört. Unglücklicherweise nutzen Politiker und Medien diese ehrliche Trauer aus, um die rechte Politik der herrschenden Klasse zu stärken. Umfragen in der New York Times beziehungsweise von CBS News behaupten, dass 85 Prozent der US-AmerikanerInnen militärische Vergeltungsschläge unterstützen.

Die New York Post schrieb in ihrem Kommentar vom 13. September nach Blut: „Sie [die Terroristen] müssen bluten. Nicht nächsten Monat. Nicht nächste Woche. Jetzt. Wer sind sie? Wen kümmert das? Spann das Netz weit aus und du fängst den Fisch, der gefangen werden muss... Triff sie. Bombardiere sie. Und dann bombardiere die schwelenden Trümmer – noch einmal! ..." Der Kommentar endet mit den Worten: „Bomben jetzt."

Mindestens 35.000 und möglicherweise bis zu 50.000 Reservisten der Nationalgarde und der Armee wurden zum aktiven Dienst einberufen, um das Land auf den Krieg vorzubereiten. Bush hat bereits 20 Milliarden US-Dollars zur Ausstattung des Militärs und der Geheimdienste für seinen „Krieg gegen den Terrorismus" erhalten. Der vorher noch verfluchte „Raketenabwehrplan" der Republikaner, scheint nun im Kongress durchzugehen.

Woher wird all das Geld kommen? Durch Streichungen bei den Sozial- und Rentenkassen. Gleichzeitig beschließt der Kongress massive Geschenke an die großen Konzerne, „um ihnen wieder auf die Beine zu helfen".

Rassistische Übergriffe

Der von den Medien angeheizte Chauvinismus und Nationalismus hat zu einer Welle von Hysterie und rassistischen Übergriffen gegen diejenigen geführt, die arabisch oder muslimisch „aussehen". Überall im Land, von Texas über Cleveland bis New York, gab es Vorfälle von gewalttätigen Übergriffen, Brandstiftung, Morddrohungen und Belästigungen von AraberInnen und Muslimen. Moscheen wurden bombardiert und beschossen. Eine Gedränge von 300 Menschen, einige schwenkten US-Fahnen und riefen „USA, USA", versuchten am Tag nach den Terrorangriffen eine Moschee in einem Vorort von Chicago zu stürmen, nur durch Glück wurde niemand verletzt. Es gibt Berichte über organisierte Boykotts in Harlem und New York gegen Geschäfte von AraberInnen und Muslimen. Es gibt auch Vorfälle, bei denen arabisch „aussehende" Taxifahrer aus ihren Autos gezerrt und zusammengeschlagen wurden.

Verstärkte Repressionen, die Einschränkung von Grundrechten und ein massiver Ausbau der Polizeikräfte hat begonnen. Das umstrittene Gesetz, das der Regierung erlaubt, e-mails und das Internet zu überwachen, passierte den Senat ohne irgendeine Debatte. Ebenso der Gesetzentwurf zur Ausweitung des Lauschangriffs auf Wohnungen.

Die Ereignisse bedeuten auch einen Schlag gegen die Bewegung gegen die kapitalistische Globalisierung. Für die geplanten Treffen des IWF und der Weltbank vom 29.-30. September 2001, waren bis zu 100.000 DemonstrantInnen erwartet worden. Die Treffen wurden abgesagt. Aber obwohl diese Entwicklungen einen ernsten Rückschlag bedeuten, die Kräfte, die in der Antiglobalisierungsbewegung zusammen gekommen sind und radikalisiert wurden, sind nicht zerstört. Es wird dauern, aber wir können erwarten, dass die Bewegung wieder auf die Füße kommt und aktiv wird.

Antikriegsproteste

Die Tragödie vom 11.September und deren politische Auswirkungen hat der Bush-Administration einen zeitweiligen Auftrieb verschafft. Die Zustimmung schoss von 50 auf 84 Prozent hoch (New York Times, 17.9.01). Es haben aber auch erste Proteste begonnen. In den Hochschulen im ganzen Land werden Friedenswachen, Teach- Ins und Veranstaltungen organisiert. In vielen Städten wurden Anti-Kriegsbündnisse gegründet. Im Moment besteht der Widerstand nur aus einer Minderheit, hauptsächlich Jugendliche, aber er ist ein Zeichen für zukünftige Entwicklungen.

Bodentruppen auszusenden wird sehr riskant sein. Jeder getötete US-Soldat wird Widerstand in den USA provozieren. Die USA leiden noch immer unter dem „Vietnam-Trauma". Das wird bereits in Umfragen deutlich. Obwohl 88 Prozent der US-AmerikanerInnen militärische Vergeltung unterstützen, sind nur 66 Prozent für militärische Aktionen, wenn sie mehrere Jahre dauern (USA Today, 17. September 2001).

Die Socialist Alternative hat eine wichtige Rolle dabei gespielt, Bündnisse gegen den Krieg, gegen die Hexenjagd auf arabische und muslimische US-AmerikanerInnen sowie gegen die Einschränkung demokratischer Rechte zu bilden. In den kommenden Tagen, Wochen und Monaten müssen auf Grundlage dieser drei Punkte Bündnisse im ganzen Land aufgebaut und organisiert werden. Wir müssen unseren globalen Kampf steigern, um eine Massenbewegung der arbeitenden und unterdrückten Menschen aufzubauen. So können wir für eine Welt frei von Armut und Unterdrückung und für eine sozialistische Alternative kämpfen – eine Welt, in der solche schrecklichen Taten wie die am Dienstag, dem 11.September unvorstellbar sein werden. ■

Während Bush sich in Nebraska in seinem Bunker verkroch, riskierten Feuerwehrleute und Hilfkräfte nach der Wahnsinnstat in Manhatten ihr Leben – 300 von ihnen starben dabei

„Wir sind alle Amerikaner"

Sind alle Amerikaner gleich?

Seit den Terroranschlägen in den USA wird dort immer wieder die Einheit aller Amerikanerinnen und Amerikaner beschworen. Diesem nationalistischen Taumel zum Trotz wird durch die Wirtschaftskrise deutlich, dass nicht alle Menschen in den USA die gleichen Interessen haben, dass es innerhalb der USA Klassen mit entgegengesetzten Interessen gibt.

Die Luftfahrtindustrie hat bereits angekündigt, massiv Stellen zu streichen. Der größte US-amerikanische Flugzeugbauer Boeing will bis zu 30.000 von seinen 200.000 Beschäftigten entlassen. Continental und US-Airways wollen 23.000 MitarbeiterInnen kündigen, United Airlines 20.000.

Als Grund für diese Massenentlassungen werden weniger gebuchte Flüge genannt. Dies hat wiederum Einfluss auf Aufträge von Fluglinien an Flugzeugbauer, die jetzt erst mal auf Eis gelegt sind. Außerdem sollen die Sicherheitsbestimmungen verschärft werden und Versicherungen wollen ab jetzt mehr Geld für solche Fälle von Terrorismus.

Die Krise soll wie immer auf dem Rücken der Beschäftigten und VerbraucherInnen abgewälzt werden. Anstatt Massenentlassungen hinzunehmen, sollte Druck in den Gewerkschaften für einen internationalen Streiktag in der Branche aufgebaut werden. Große Konzerne wie Boeing müssen ihre Geschäftsbücher offen legen, um zu zeigen, was mit den Gewinnen der letzten Jahre passiert ist. Es muss endlich Schluss sein mit dem Prinzip: Einige wenige verdienen sich eine goldene Nase, während die Masse der arbeitenden Bevölkerung darunter zu leiden hat.

Tobin-Steuer

Nicht utopisch – aber wenig wirksam

Wirtschafts-Nobelpreisträger James Tobin wundert sich über die späte Popularität seiner Forderung aus den 70er Jahren, Devisengeschäfte zu besteuern. Gar nicht einverstanden zeigte er sich in einem Interview (Spiegel 36/2001) damit, dass „diese Anti-Globalisierungs-Revoluzzer" die Einnahmen für „ihre Projekte zur Weltverbesserung" benutzen wollen. Er habe nur „mit einer kleinen Steuer (...) Spekulanten abschrecken" wollen. „Ich wollte den Devisenhandel bremsen, Steuereinnahmen sind für mich nur ein Nebenprodukt."

Von Angela Bankert, Köln

Hintergrund für die Renaissance der Forderung ist die immense Aufblähung der weltweiten Finanzmärkte, mit all den Instabilitäten, Krisenpotenzialen und dramatischen Folgen für nationale Volkswirtschaften, wie sie zum Beispiel in der Südostasienkrise 1997/98 sichtbar wurden.

Heute werden an den Devisenmärkten Tagesumsätze von 1,5 Billionen Dollar getätigt. Nur etwa 3 Prozent dieser Umsätze dienen zur Abwicklung von zugrundeliegenden Geschäften der Realökonomie wie Handels- oder Investitionsgeschäfte. Hinzu kommt ein gewisser Teil zur Absicherung dieser Geschäfte vor Währungsrisiken. Der weit überwiegende Teil der Devisentransaktionen ist jedoch inzwischen rein spekulativer Natur.

Allerdings ist es am Devisenmarkt ebenso wie an anderen Finanzmärkten schwierig, zwischen spekulativen und nichtspekulativen Transaktionen zu unterscheiden. Zum Beispiel sind Transaktionen zur Absicherung von Realgeschäften gegen Währungsschwankungen oft mehrfach gestaffelte Kontrakte, die sich nur zwischen Banken abspielen. Um den Zweck eines Währungskaufs oder -verkaufs festzustellen, müsste man Geschäftsgebaren der Akteure komplett offen legen.

Kurzfristige Spekulation

Die Tobin-Steuer will dies nicht, sondern geht indirekt heran. Bei internationalen Finanzanlagen für Investitionen geht man von längerfristigen Zeithorizonten aus. Handelsgeschäfte beinhalten nur den Währungstausch in eine Richtung: ein deutsches Unternehmen importiert Öl und muss dafür je nach Wechselkurs eine bestimmte Menge Mark bzw. Euro aufwenden, um in Dollar zu bezahlen. Demgegenüber sind spekulative Devisengeschäfte meist kurzfristig und in zwei Richtungen: Kauf und Verkauf von Währungen in schneller Folge, dank des elektronischen Handels unter Umständen täglich. Diese Aktionen sollen durch die Steuer vor allem getroffen werden, auch wenn sie auf alle Devisengeschäfte ungeachtet ihrer Hintergründe erhoben wird.

Tobin selbst forderte ursprünglich einen Steuersatz von 1 Prozent vom Umsatz; attac fordert zwischen 0,1 bis 0,25 Prozent.

Ein Steuersatz von 1 Prozent würde auf Jahresbasis zu einer steuerlichen Belastung von 2 Prozent für einen kompletten Kauf und Verkauf führen. Je häufiger diese Kauf-/Verkauf-Aktion stattfindet, um so höher wird die effektive Jahressteuer: bei quartalsmäßigem Umschlag 8 Prozent, bei monatlichen 24 Prozent, bei wöchentlichem 104 Prozent. Demgegenüber bleibt es für einmalige Währungsgeschäfte in eine Richtung bei 1 Prozent, ebenso bleibt es bei 2 Prozent für Kauf und Verkauf, sofern der die Zeitspanne nicht unter einem Jahr liegt.

Wechselkursschwankungen oder auch Zinssatzdifferenzen zwischen Staaten von bis zu 2 Prozent im Jahr würden dann den Kauf und Verkauf oder die kurzfristige Anlage in der betreffenden Währung nicht mehr lohnen. Dies kann in „normalen" Zeiten kurzfristige Ausschläge und Schwankungen an den Devisenbörsen verhindern und zu mehr Stabilität beitragen. Mit mehr Währungsstabilität würden auch die Kosten von Unternehmen für die Absicherung gegen Währungsschwankungen sinken.

Nach James Tobin soll seine Steuer „Sand im Getriebe der Spekulation" werfen. Und mehr kann sie auch nicht. Die Steuer bewegt sich ganz im Rahmen der kapitalistischen Weltwirtschaft. Kurzfristige spekulative Währungsgeschäfte, die mit kleinen Veränderungen rechnen, lohnen sich dann nicht mehr. Geschäfte mit höheren Gewinnmargen durchaus.

Gegen Spekulationsströme bei massiven Veränderungen der Wechselkurse und Rahmendaten oder gar handfeste Krisen, wie zum Beispiel die Südostasienkrise 1997, ist die Steuer ohnmächtig. Hier geht es um viel größere Margen, nämlich um erhoffte große Gewinne oder befürchtete hohe Verluste, gegen die 2 Prozent Besteuerung nicht helfen. Das Argument, dass dann wenigstens hohe Steuereinnahmen eingestrichen werden können, zieht auch nur kurzfristig. Denn die Folge ist oft das Schrumpfen oder gar der Zusammenbruch der betreffenden Finanzmärkte, und damit würden dann auch die Einnahmen beträchtlich sinken.

Die Tobin-Steuer ist nicht utopisch, wenn sich wichtige G 7 Länder koordiniert darauf einigen und es politisch durchsetzen wollen. Sie hat aber auch nur begrenzte Effekte.

Allerdings sollte man sich keine Illusionen darüber machen, wie es um diesen politischen Willen bestellt ist.

Führende attac-SprecherInnen äußern sich recht euphorisch darüber, dass von Jospin bis über Kerstin Müller bis Wieczorek-Zeul alle mal darüber nachdenken wollen. Doch dies sind derzeit Wahlkampfmanöver oder plumpe Umarmungsversuche der Globalisierungskritiker, mehr auch nicht.

Und was die Verteilung möglicher Einnahmen aus der Tobin-Steuer betrifft, so wäre der Glaube naiv, dass die Schröders, Jospins oder Blairs dieser Welt, mit oder ohne grünem Koalitionspartner, das Geld für wohltätige Zwecke einsetzen. Eher werden zusätzliche Steuern für Kriegszwecke und Maßnahmen der „Inneren Sicherheit" erhoben.

Es ist nicht ausgeschlossen, dass sich wichtige Industriestaaten oder die G 7 in kommenden Krisenzeiten auf die Einführung von Kontroll- und Regulierungsinstrumenten, wie Kapitalverkehrskontrollen oder Schließung von Offshore-Zentren, einigen. Schließlich hat es schon alle möglichen Rettungsaktionen gegeben, die mit dem Geist des Neoliberalismus nicht vereinbar waren, bis hin zur Verstaatlichung gefährdeter Banken.

Finanzmärkte nicht allmächtig

Wichtig an der Diskussion über die Kontrolle der Finanzmärkte, auch wenn sie noch im Rahmen der kapitalistischen Weltarchitektur verharrt, ist das Infragestellen der angeblichen Allmacht der Finanzmärkte und angeblichen Ohnmacht der politischen Akteure in den Nationalstaaten. Selbst über die bescheidene Tobin-Steuer behauptet Bundesfinanzminister Eichel: „ ... sie könnte nur funktionieren, wenn sie in allen Ländern der Welt eingeführt wird. Das ist illusorisch." Doch trotz allem Globalisierungs-Gerede ist das Finanzgeschäft bei weitem nicht derart internationalisiert, dass es keine politischen Zugriffsmöglichkeiten des Nationalstaates mehr gäbe.

Im Dezember 2000 demonstrierten in Nizza 100.000 gegen die Politik der Europäischen Union. Wirksames Vorgehen gegen die Kapitalmacht ist nur möglich, wenn die arbeitende Bevölkerung mobilisiert wird. Hier ist auch attac gefordert

Es ist im Gegenteil hochgradig konzentriert auf wenige Staaten und Finanzplätze (im wesentlichen die G 7 Staaten), Unternehmen und Finanzinstitutionen. Kredite, Anleihen und Aktien sind nach wie vor ein überwiegend inländisches Geschäft.

➲ Von den weltweit vergebenen Krediten gehen rund 90 Prozent an inländische Kreditnehmer.

➲ Von den öffentlichen Anleihen durch den Staat werden 90 Prozent im (jeweiligen) Inland plaziert, bei den privaten Anleihen von Unternehmen waren es immerhin noch 77 Prozent.

➲ Auch der stärker internationalisierte Aktienhandel ist an wenigen Finanzplätzen konzentriert. 70 Prozent des weltweiten Aktienhandels werden an den 5 größten Börsenplätzen der Welt abgewickelt: an den beiden wichtigsten US-Börsen New Yorker Stock Exchange und NASDAQ, in London, Paris, Frankfurt. Hier werden übrigens auch rund 88 Prozent des weltweiten Anleihehandels abgewickelt.

➲ 74 Prozent des weltweiten Devisenhandels entfallen auf nur 6 Handelsplätze: England, USA, Japan, Singapur, Frankreich. Über nur 13 Geldinstitute (Banken und Finanzinstitute) werden 58 Prozent des Devisenhandels abgewickelt.

➲ Die so genannten institutionellen Anleger (Investmentfonds, Pensionsfonds und Versicherungen) investieren zu 90,6 Prozent in inländische Finanzanlagen.

Zusammengefasst kann man sagen, dass politische Maßnahmen schon in einigen wenigen Industriestaaten zu umfassenden Kontrollmöglichkeiten führen würden – den politischen Willen vorausgesetzt. Ganz sicher sind die G 7 Staaten dazu in der Lage.

Die Liberalisierung des Finanzhandels und der Börsenplätze, der Abbau von Kontrollen bei grenzüberschreitendem Kapitalverkehr haben dazu geführt, dass Kapital problemlos Grenzen überschreiten kann. Dies waren politische Entscheidungen, die keineswegs unumkehrbar sind.

Wie sieht es mit den Möglichkeiten zur Kapitalflucht aus?

Hier werden immer wieder die so genannten Offshore-Zentren oder Steuerparadiese genannt. Doch dies sind keineswegs unabhängige Staaten, die machen können, was sie wollen. Sie gehören staats- und völkerrechtlich überwiegend zu G-7-Staaten, besonders zu Britannien und den Niederlanden. Sie sind extra errichtete Freihandelszonen für das Kapital: Diesen Status erhielten sie durch die Mutterländer, er kann ihnen bei entsprechendem politischen Willen per Federstrich wieder genommen werden.

Bleiben die tatsächlich unabhängigen Finanzzentren wie Luxemburg oder Singapur. Auch hier wäre das Unterbinden von Kapitalflucht eine Frage des politischen Drucks, oder auch des Verbots gegenüber Banken und Unternehmen, dort Filialen, Tochtergesellschaften oder überhaupt Geschäftsbeziehungen zu unterhalten. Was auf diesem Gebiet mit politischem Willen möglich ist, zeigen internationale Embargos wie gegen Kuba oder den Irak, oder auch derzeit die Verfolgung der Finanzgeschäfte eines gewissen bin Laden.

Systemkrise

Zu wenig beachtet in der aktuellen Diskussion wird allerdings: Es kann nicht nur um mehr Währungsstabilität und neue Einnahmequellen gehen, um den Widerstand gegen ideologisch bornierten Marktradikalismus und politische (Fehl-)Entscheidungen. Die grundlegenden Widersprüche des Kapitalismus selbst haben die krisenhaften Erscheinungen nach dem Auslaufen des Nachkriegsaufschwungs, das Abheben der Finanzmärkte, hervorgerufen. Anfang der 70er Jahre hatte sich der internationale Nachkriegsaufschwung erschöpft, die angehäuften Kapitalmassen fanden keine ausreichend profitablen Anlagemöglichkeiten mehr, die Profitraten (Verzinsung des in der Warenproduktion eingesetzten Kapitals) sanken. 1974/75 kam es zur ersten internationalen Rezession der Nachkriegszeit. Die Weltwährungsordnung der Nachkriegszeit mit festen Wechselkursen und der Bindung der Weltwährung Dollar an den Goldstandard zerbrach (1971) eben wegen dieser Krisenerscheinungen und der verschärften internationalen Konkurrenz. Verstärkte Währungsschwankungen durch frei floatende Wechselkurse, der Druck, internationale Geschäfte gegen diese Währungsschwankungen abzusichern, Kapitalmassen auf der Suche nach Anlagemöglichkeiten – dies waren die „Zutaten", die zum Aufblähen der Finanzmärkte führten.

Diese Krisenerscheinungen des Kapitalismus unterliegen allerdings nicht dem Willen der politischen Akteure; egal welcher wirtschaftspolitischen Couleur. Japan betreibt seit 10 Jahren Keynesianismus mit umfangreichen Konjunkturprogrammen und hatte viele Finanzmarkt-Restriktionen intern nicht aufgehoben. Dennoch steckt Japan seit nunmehr 10 Jahren in der Krise.

Ebenso wenig unterliegen diese Krisen in der Realökonomie, die dem Konkurrenz- und Profitmechanismus, sowie der planlosen Anarchie des Marktes entspringen, dem Willen der ökonomisch Mächtigen. Darum muss auch die Diskussion um eine ganz andere Wirtschaftsordnung geführt werden, die sich nicht nach Profitmaximierung sondern nach den Bedürfnissen der Mehrheit der Bevölkerung richtet. Dies ist ein zentraler Beitrag, den die SAV in die Debatte einbringen will. ■

Nicht vergessen:
Auf zum attac-Kongress!

Anmeldung:
04231-957591 oder
info@attac-netzwerk.de

Solidarität mit Selbstmordopfer in Kasachstan

Im August beging der kasachische Arbeiter Alexander Komorov wegen seines fünf Monate ausstehenden Lohns Selbstmord. Aus Verzweifelung übergoss er sich mit Benzin, zündete sich an und sprang aus dem Fenster.

An einer von Gewerkschaften und CWI-Mitgliedern organisierten Solidaritätsdemo beteiligten sich 3.000 Arbeiter. Mit Sprüchen wie „Ihr habt einen unseren Genossen ermordet!" und „Wir wollen unsere Löhne zurück!" zogen die Arbeiter in Gedenken an Alexander Komorov und gegen die katastrophalen Zustände im Land vor das Regierungsgebäude.

Generalstreik in Südafrika

Anfang September fand in Südafrika ein zweitägiger Generalstreik gegen die Privatisierungspläne der ANC-Regierung statt. Dem Aufruf des Gewerkschaftsdachverbandes Cosatu folgten 65 Prozent der 8,3 Millionen Beschäftigten.

In Südafrika sind bereits 30 Prozent arbeitslos. Seit 1994 wurden 200.000 Arbeitsplätze im öffentlichen Dienst vernichtet. Da die Regierung auf ihren Plänen beharrt, kann dies zu einer tieferen Spaltung zwischen Cosatu und dem ANC führen.

Niederlage für norwegische Sozialdemokraten

Die Sozialdemokraten in Norwegen bekamen bei den letzten Wahlen nur noch 24,3 Prozent und verzeichneten somit ihr schlechtestes Stimmenergebnis seit 1924 in dem – wegen seiner Ölvorkommen – reichen Land.

Die rechtspopulistische, rassistische Fremskrittspartiet (Fortschrittspartei), die bei Umfragen vor einem Jahr noch stärkste Partei wurde, erreichte wegen interner Skandale nur 15 Prozent.

Den größten Stimmenzuwachs hatte die „Sozialistische Linke". Sie konnte ihr Ergebnis mit 12,5 Prozent mehr als verdoppeln und wurde bei Wahlen an Schulen stärkste Partei. Die linke „Rote Wahlallianz" schaffte es nicht ins Parlament, erreichte allerdings in der Hauptstadt Oslo 9,7 Prozent.

Erdrutschartiger Wahlsieg für Fretilin in Ost-Timor

Bei den kürzlich stattgefundenen ersten freien Wahlen in Ost-Timor, gewann die Hauptpartei der Widerstandsbewegung Fretilin 55 von 88 Sitzen in der konstituierenden Versammlung.

Diese Übergangsregierung wird somit von dem Generalsekretär der Fretilin, Mari Akatiri, geführt werden. Ost-Timor wird bis zu den Präsidentschaftswahlen nächstes Jahr unter UN-Verwaltung stehen.

Sozialdemokraten gewinnen in Polen

Bei den Wahlen zum Parlament verlor die konservative Wahlallianz AWS-P ihre Regierungsmehrheit und schaffte nicht Mal mehr den Einzug ins Parlament. Sie fiel von 33 Prozent auf 4,4 Prozent.

Stärkste Kraft wurden mit 42 Prozent die ex-stalinistischen Sozialdemokraten. 10 Prozent erhielt die radikale Bauerngewerkschaft „Samoobrona" (Selbstverteidigung).

Die Wahl hat den enormen Unmut mit der Kürzungspolitik der Konservativen ausgedrückt.

Doch die Sozialdemokraten wollen die Kürzungspolitik weiter fortsetzen und die Neuverschuldung durch ein Sparprogramm begrenzen.

Was will die SAV?

Fast jede/r macht sich Sorgen um die Zukunft. Kein Zufall, denn mit der Marktwirtschaft geht es abwärts. Die Krise der Weltwirtschaft weitet sich aus. Die sozialen Folgen sind noch nicht abzusehen. Arbeitslosigkeit und Sozialabbau haben sich schon im Aufschwung verschlimmert. Weltweit finden Hunger, Elend und Kriege täglich neue Opfer. Die Zerstörung der Umwelt schreitet fort. All das hat System und das System heißt Kapitalismus.

Großkonzerne und Banken treffen ihre Entscheidungen nach Profitinteressen. Eine Minderheit besitzt die Fabriken, Banken, Immobilien und verfügt über den gesamten Reichtum. Weltweit besitzen 358 Milliardäre fast soviel wie 50 Prozent der Weltbevölkerung an Einkommen haben. Die Marktwirtschaft bietet keine Zukunft.

Widerstand

Wir organisieren Gegenwehr gegen Arbeitsplatz- und Sozialabbau, Umweltzerstörung, gegen die Diskriminierung von Frauen, gegen Rassismus und Neonazis. Wir sind aktiv in Gewerkschaften, Betrieben, Schulen, Hochschulen und Stadtteilen. Die SAV tritt für kämpferische und demokratische Gewerkschaften ein. Wir beteiligen uns am Aufbau von innergewerkschaftlichen Oppositionsgruppen und anderen Zusammenschlüssen von kritischen und kämpferischen KollegInnen.

SAV

Die Sozialistische Alternative – SAV wurde 1994 um die sozialistische Zeitung VORAN gegründet. Gründungsmitglieder waren aktive AntifaschistInnen, kritische GewerkschafterInnen, JungsozialistInnen, linke SPD- und PDS-Mitglieder. Die SAV ist demokratisch aufgebaut. Wir setzen uns in der Arbeiterbewegung dafür ein, dass gewählte Vertreter nicht mehr verdienen, als einen durchschnittlichen Arbeitnehmerlohn. Dieses Prinzip setzen wir bei uns selber um.

Solidarität

Um an der Macht zu bleiben, müssen die Herrschenden versuchen, die Massen der arbeitenden Bevölkerung gegeneinander auszuspielen. Gemeinsamer Widerstand ist notwendig: Arbeitende, Arbeitslose, AusländerInnen und Deutsche, Frauen und Männer, jung und alt. Der Kapitalismus ist international, der Kampf dagegen auch. Die SAV hat sich mit sozialistischen Organisationen und Parteien aus über 30 Ländern im Komitee für eine Arbeiterinternationale zusammengeschlossen um den Kampf über Ländergrenzen hinweg organisieren zu können.

Neue sozialistische Arbeiterpartei

Die SPD/Grünen-Bundesregierung hat unter Beweis gestellt, dass sie die Macht und die Herrschaft der Banken und Konzerne nicht in Frage stellt, sondern ihre Politik nach den Interessen der Reichen und Superreichen ausrichtet. Die Krise der Marktwirtschaft wird auch unter der Schröder/Fischer-Regierung auf die Masse der Bevölkerung abgewälzt. Sozialabbau und Privatisierungen auf der einen Seite und Steuergeschenke an die Unternehmer auf der anderen Seite sind auch nach dem Regierungswechsel an der Tagesordnung geblieben. Einen Politikwechsel hat es nicht gegeben. Neu ist nur, dass Deutschland wieder Kriege führt. Die PDS wird ihrem Anspruch sozialistische Opposition zu sein nicht gerecht. Sie nutzt ihre Unterstützung unter ArbeiterInnen, Arbeitslosen und Jugendlichen nicht, um außerparlamentarischen Widerstand zu organisieren. Stattdessen hat sie auf Kommunal- und auf Länderebene begonnen, Privatisierungen und Kürzungen mitzutragen. Die PDS akzeptiert die Marktwirtschaft und damit auch die Folgen der Krise der Marktwirtschaft für die Masse der Bevölkerung.

Um den Kapitalismus abzuschaffen und durch eine sozialistische Demokratie zu ersetzen, bedarf es einer revolutionären, sozialistischen Massenpartei. Die SAV baut eine solche Partei auf.

Heute hat die Arbeiterklasse keine Massenpartei, die ihre politische Vertretung darstellt. Eine neue Massenpartei von ArbeiterInnen und Jugendlichen wäre ein großer Fortschritt, selbst wenn diese kein konsequentes sozialistisches Programm vertreten würde. Sie würde Massen von ArbeiterInnen und Jugendlichen die Möglichkeit geben, sich von den bürgerlichen Parteien unabhängig zu organisieren und für ihre Interessen einzutreten. Die SAV tritt in jeder Situation für die Einheit der Arbeiterklasse in der Aktion ein und wird Ansätze zu neuen, breiten Arbeiterparteien unterstützen.

Die SAV verbindet den Kampf um Verbesserungen mit dem Kampf für eine sozialistische Gesellschaft.

Sozialismus

Bei planmäßigem und sinnvollem Einsatz von Wissenschaft und Technik wäre es möglich, allen Menschen ein menschenwürdiges Leben zu garantieren. Das Übel muß an der Wurzel gepackt werden, der Kapitalismus gehört abgeschafft. Es gibt eine Alternative zu dem heutigen System. Die Alternative ist Sozialismus, eine Gesellschaft ohne Armut, Ausbeutung und Unterdrückung. Sozialismus braucht Demokratie wie der Körper Sauerstoff. Wir wollen weder die Diktatur einer Bürokratie, wie früher im Osten, noch die Diktatur der Konzerne und Banken.

Die großen Konzerne, Banken und Versicherungen müssen enteignet, in Gemeineigentum überführt und unter demokratische Kontrolle gestellt werden. Wir brauchen eine geplante Wirtschaft, in der die Bedürfnisse der Mehrheit der Menschen entscheiden und nicht die Profite einiger Weniger. ■

Wofür wir kämpfen:

Arbeit für alle

- ★ **Öffentliche Investitionen und Neueinstellungen in den Bereichen Umweltschutz, Bus und Bahn, Wohnen, Kindergärten, Bildung und Ausbildung, Gesundheitswesen, Altenpflege – Finanzierung mit den Milliardengewinnen der Banken und Konzerne und den Geldern, die sich in den Taschen der Superreichen befinden**
- ★ **Verteilung der Arbeit auf alle 30-Stunden-Woche bei vollem Lohn- und Personalausgleich**
- ★ **Mindestsicherung (Mindestlohn, Mindestrente) von 2000 Mark netto**
- ★ **Gleicher Lohn in Ost und West**
- ★ **Rücknahme aller Sozialabbau- und Kürzungsmaßnahmen der Kohl-Regierung und der SPD/Grünen Koalition**
- ★ **Nein zu Privatisierungen**
- ★ **Für ein öffentliches, kostenloses Gesundheitswesen**

Jugend

- ★ **Einstellung aller arbeitslosen LehrerInnen und Senkung der Klassenstärke auf maximal 15 SchülerInnen sowie Einführung der integrierten Gesamtschule als Regelschule**
- ★ **Nein zu Studiengebühren**
  Einführung eines elternunabhängigen und darlehensfreien BaföG von 1500 Mark netto
- ★ **Qualifizierte Ausbildung für jede/n und unbefristete Übernahme im erlernten Beruf**
  Einführung einer Ausbildungsplatzabgabe aller Unternehmen
  Schaffung von öffentlichen, überbetrieblichen Ausbildungszentren
- ★ **Für staatlich finanzierte, selbstverwaltete Jugendzentren in jedem Stadtteil**

Frauen

- ★ **Gleicher Lohn für gleiche Arbeit**
- ★ **Weg mit dem Paragraph 218**
- ★ **Kostenlose Kinderbetreuung vom 1. bis zum 13. Lebensjahr**

Keinen Fußbreit den Nazis

- ★ **Mobilisierung zur Verhinderung aller Nazi-Aktivitäten**

Gegen staatlichen Rassismus

- ★ **Weg mit den Ausländergesetzen**
- ★ **Wahlrecht und gleiche Rechte für alle in Deutschland lebenden Menschen**
- ★ **Keine Abschiebungen**

Umweltschutz

- ★ **Sofortige Stillegung aller Atomkraftwerke und Stopp von umweltzerstörender Produktion, Ersatzarbeitsplätze für die Beschäftigten**
- ★ **Ausbau des öffentlichen Verkehrs**

Bezahlbare Wohnungen

- ★ **Öffentliches Wohnungsbauprogramm von einer Million Wohnungen pro Jahr**
- ★ **Verbot von Maklertätigkeit, kostenlose kommunale Wohnungsvermittlung**

Abrüstung jetzt

- ★ **Gegen Auslandseinsätze der Bundeswehr**
- ★ **Stopp von Rüstungsexporten, Umstellung der Rüstungsindustrie auf zivile Produktion**

Für kämpferische und demokratische Gewerkschaften

- ★ **Nein zu Lohnverzicht**
  Nein zu Bündnissen und Runden Tischen mit Unternehmern und Regierung
- ★ **Funktionäre dürfen nicht mehr verdienen als einen durchschnittlichen Facharbeiterlohn**

Nein zum Europa des Kapitals

- ★ **Gemeinsamer internationaler Kampf gegen Sozialabbau**
- ★ **Nein zum „Euro“**
  Nein zur Europäischen Währungsunion

Für eine sozialistische Demokratie

- ★ **Überführung der Banken, Konzerne und Versicherungen in Gemeineigentum**
- ★ **Demokratische Kontrolle und Verwaltung durch die arbeitende Bevölkerung**
- ★ **Keine überbezahlten und korrupten Manager und Bürokraten in Wirtschaft und Verwaltung**
  Demokratische Wahl aller Personen in Leitungsfunktionen
- ★ **Statt Produktion für den Profit – Produktion für die Bedürfnisse der Menschen**

VORAN Impressum
Littenstr. 106/107, 10179 Berlin
Telefon: (030) 24723802,
Fax (030) 24723804,
e-mail:redaktion@sav-online.de

Überregionale marxistische Monatszeitung –Erscheint seit 1973
Herausgeber: Sozialistische Alternative (VORAN) e.V.
Verantwortlicher Redakteur: Aron Amm
Erscheinungsweise: Monatlich
Druck: Caro Druck GmbH, Frankfurt a.M.
Bankverbindung:
Postbank Essen (BLZ 360 100 43) Konto 2500 59-430

http://www.sav-online.de

Wahlkampf in Hamburg

SAV aktiv gegen Verkauf der Schulen

Die SAV unterstützte im Wahlkampf aktiv Regenbogen, in dem wir uns an Regenbogen-Informationsständen, Plakatieraktionen, der Vorbereitung und Durchführung von Veranstaltungen beteiligten. SAV-Mitglieder kandidierten auf den Regenbogen-Listen zur Bürgerschaft und in vier von sieben Bezirken.

Der inhaltliche Schwerpunkt der SAV im Wahlkampf waren die Kampagne gegen den Verkauf der Hamburger Schulen und gegen Sozialabbau (siehe Seiten 5 und 12 der vorigen VORAN-Ausgabe). Zum Verkauf der Hamburger Schulen organisierten wir eine SAV-Veranstaltung und beteiligten uns an der Vorbereitung, Mobilisierung und Durchführung von zwei Regenbogen-Veranstaltungen zu diesem Thema. In den fünf Wochen vor der Wahl führten wir mindestens zwei Informationsstände in der Woche durch, sammelten in Kneipen und Cafés Unterschriften und Spenden. Wir verteilten mehrere tausend Flugblätter (überwiegend vor Schulen) und konnten knapp 300 Exemplare der VORAN verkaufen. Beteiligt waren wir auch an den Protesten gegen die Wahlveranstaltungen der Nazi-parteien (REP, DVU und NPD) und den Demonstrationen gegen die rechtspopulistische Schill-Partei.

In den letzten zehn Tagen vor der Wahl waren wir vor allem damit beschäftigt, nach den Terror-Anschlägen in den USA die Proteste gegen drohende Kriegseinsätze zu unterstützen. Wir griffen dieses Thema auf unseren Informationsständen auf, beteiligten uns an verschiedenen Demonstrationen und organisierten hierzu kurzfristig eine SAV-Veranstaltung.

Wir konnten im Wahlkampf viele InteressentInnen und auch neue Mitglieder für die SAV

kennenlernen. So können wir gestärkt und selbstbewusst die Gründung unserer zwei neuen Ortsgruppen in Hamburg-Altona und Hamburg-Eimsbüttel Ende Oktober in Angriff nehmen.

Jörn Kroppach, Hamburg

Wahlkampf in Berlin

Nicht nur Reden und Plakate

Zu den Berliner Wahlen am 21. Oktober tritt die SAV für die Bezirksverordnetenversammlung im Bezirk Pankow an, wo wir bereits 1999 zur Wahl standen. Außerdem stellen wir in Prenzlauer Berg Direktkandidatinnen für die DL (Demokratische Linke) zum Abgeordnetenhaus. Wahlkampfzeit ist also angesagt, und das heißt vor allem Mobilisierung von Widerstand und nicht nur Aufruf, am Wahltag mal ein Kreuz auf einem Zettel zu machen.

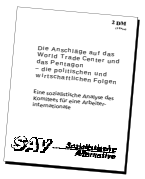
Infostände und Flugblattverteilen auf Straßen, vor Schulen, Unis, Krankenhäusern, Bezirksämtern; aber auch die Tradition von Hausbesuchen wurde aufgegriffen, um mit Leuten ins Gespräch zu kommen. Außerdem werden zahlreiche Veranstaltungen zu Themen wie Privatisierung und sozialistischer Kommunalpolitik angeboten. Bei all diesen Aktivitäten konnte man ein verstärktes Interesse an der Frage feststellen, wie eine Alternative zur derzeitigen Politik aussehen kann. So wurden bisher über 500 Extrablätter der VORAN zum Wahlkampf verkauft.

Mehr als 40 Leute haben Interesse an weiterer Zusammenarbeit und Diskussion mit der SAV bekundet.

Zusätzlich engagieren wir uns in einem Aktionsbündnis für eine Demo gegen Privatisierung und Sozialabbau, nehmen an den Vorbereitungen für Aktionen gegen die Nazidemo am 3. Oktober teil und sind im Zuge der aktuellen Ereignisse an der Organisation von Protesten, Demonstrationen und Schülerstreiks gegen den Krieg beteiligt.

Stefan Kretzschmar, Berlin

Plakat zu bestellen in der SAV-Zentrale



Stellungnahme des CWI zu den Anschlägen auf das World Trade Center und das Pentagon 2 DM

Nach Göteborg und Genua- welche Taktik für die antikapitalistische Bewegung? Textsammlung, 3 DM

Sozialistische Alternative – Ortsgruppen

Aachen
OG Ost: Dienstags, 19 Uhr, im SAV-Büro, Eifelstr. 13
OG Nord: Mittwochs, 19 Uhr, SAV-Büro, Eifelstr.13
OG Mitte/West: Mittwochs, 19 Uhr , Ché-Haus, Pontstr. 41
✆ 0241 - 50 86 85 e-Mail: aachen@sav-online.de

Berlin
OG Prenzlauer Berg - Süd: Mittwochs, 19 Uhr, im Mädchentreff Lotte, Lottumstr./Ecke Christinenstr. (Eingang Christinenstr.) U-Bhf. R.-Luxemburgplatz
OG Prenzlauer Berg - Nord: Donnerstags, 19 Uhr, Kiezladen, Dunckerstr. 14 (Nähe U-Bhf Eberswalder Str.)
OG Kreuzberg: ✆ 030 - 44 08 429
✆ 030 - 44 08 429 e-Mail: berlin@sav-online.de

Bremen
Mittwochs, 19 Uhr, im „Freizi“ Friese, Friesenstr. 110 (Haltestelle Linie 2, 3, 10 Brunnenstr.)
✆ 0421 - 5 57 68 97 e-Mail: bremen@sav-online.de

Bremerhaven
Infos unter ✆ 030 - 24 72 38 02 bei der SAV-Bundeszentrale oder e-Mail: savbrhv@aol.com

Dresden
Infos unter ✆ 030 - 24 72 38 02 bei der SAV-Bundeszentrale

Freiburg
Sonntags, 18 Uhr, SAV-Büro, Krozinger Str. 58
✆ 0761 - 4 16 32 e-Mail: savfr@aol.com

Greifswald
Infos unter ✆ 030 - 24 72 38 02 bei der SAV-Bundeszentrale

Hamburg
Donnerstags, 19 Uhr, GWA St. Pauli, Hamburger Hochstr. 2/H.-Köllisch-Platz (S-Bahn Reeperbahn)
e-Mail: hamburg@sav-online.de

Kassel
Montags, 19 Uhr, Kulturzentrum Schlachthof, Mombachstr. 12
✆ 0561 - 92 235 22 e-Mail: kassel@sav-online.de

Heinsberg
Infos über Marcus 0172 - 1014123

Köln
OG Innenstadt: Donnerstags, 19 Uhr, Alte Feuerwache, Melchiorstr. 3 (U-Bhf Ebertplatz)
OG Kalk: Donnerstags, 19.30 Uhr, Naturfreundehaus, Kapellenstr. 9 a (U-Bahn Kalk Kapelle)
✆ 0221 - 83 06 381 e-Mail: koeln@sav-online.de

Rostock
OG Innenstadt: Donnerstags, 19 Uhr, SAV-Büro, Augustenstr. 92 (Eingang über Grüner Weg)
OG Dierkow: Donnerstags 19 Uhr, Kita der Volkssolidarität, J.-Chr.-Wilkenstr. 1 (Endhaltestelle Linie 2)
✆ 0381- 499 65 90 e-Mail: rostock@sav-online.de

Siegen
Mittwochs, 19 Uhr, Zentrum für Friedenskultur, Alte Poststr. 14-16 (Oberstadt)
e-Mail: siegen@sav-online.de

Stuttgart
OG Süd/Ost: Dienstags, 19.30 Uhr, AWO Ost, Ostendstr. 77/1 (Haltestelle Ostendplatz),
OG Nord/West: Mittwochs, 19.30 Uhr, Naturfreundeladen Senefelderstr. 19 (Haltestelle Feuersee)
✆ 01787 - 24 24 42 e-Mail: stuttgart@sav-online.de

Trier
Infos unter ✆ 030 - 24 72 38 02 bei der SAV-Bundeszentrale odere-Mail: trier@sav-online.de

Sonstige
Kontakt zu folgenden Städten: Darmstadt, Düsseldorf, Duisburg, Essen, Karlsruhe, Kiel, Münster, Oldenburg, Saarbrücken (saar@sav-online.de), Solingen, über die SAV-Bundeszentrale ✆ 030 - 24 72 38 02

Redaktionsschluss dieser Ausgabe: ***25.9.***
Die nächste VORAN erscheint am ***30.10.***

Aktionen gegen den Krieg

Auf der Demonstration in Berlin am 22. September

Aachen

In Aachen nahmen SAV-Mitglieder an verschiedenen Demonstrationen mit 100 bis 5.000 TeilnehmerInnen teil. Auf eine Veranstaltung am 19. September kamen 11 Gäste. Für den Tag X ist eine Demonstration um 17 Uhr auf dem Markt geplant.

Berlin

Mehr als 1.600 SchülerInnen nahmen am 19. September an einer Demonstration gegen den Krieg zur Schulzeit teil. Widerstand International plant einen SchülerInnenstreik für den Tag X um 11 Uhr auf dem Alexanderplatz (Infos: 030 / 24 72 37 90).

Die SAV beteiligt sich am Berliner Antikriegsbündnis, das aus Dutzenden Organisationen und Einzelpersonen besteht. Am ersten Treffen nahmen mehr als 200 Personen teil. Auf eine Demonstration am 22. September kamen mehr als 10.000 Menschen.

Für den Tag X ist eine Kundgebung um 18 Uhr auf dem Alexanderplatz geplant.

Bremerhaven

Bereits am Donnerstag nach den Anschlägen fand die erste Aktion der SAV in Bremerhaven statt. 300 Flugblätter wurden auf einer Kundgebung verteilt. Viele haben sich dafür bedankt, dass wir ihnen eine Erklärung und eine Einladung zu einem Gespräch angeboten haben. Viele waren sehr bewegt und haben Angst vor einem Krieg. Die SAV ist die einzige politische Kraft in Bremerhaven, die in der Öffentlichkeit vor den Folgen von Vergeltungsschlägen warnt. An einer Veranstaltung nahmen 20 Menschen teil.

Dresden

Tag X: 18 Uhr, Theaterplatz

Freiburg

Für den Tag X ist eine Kundgebung um 17 Uhr am Bertoldsbrunnen geplant.

Hamburg

Schon am Sonntag nach den Anschlägen fand eine Demonstration mit 800 TeilnehmerInnen gegen den Krieg statt. SAV-Mitglieder konnten 150 Mark an Spenden sammeln und 35 Zeitungen verkaufen. Zu einer Veranstaltung kamen 11 Gäste. Eine junge Schülerin will Mitglied der SAV werden.

Die Bürgerschaftsgruppe Regenbogen ruft zu einer Antikriegsdemo auf dem Gerhart-Hauptmannplatz am Tag X, wenn die ersten Bomben von den USA als „Gegenschlag" gefallen sind, auf. 17 Uhr (Sa/So: 12 Uhr).

Kiel

Am Tag X soll um 18.00 Uhr eine Kundgebung auf dem Asmus-Bremer-Platz stattfinden.

Köln

Die Straßenaktion der SAV Köln gegen die NATO-Kriegsvorbereitungen war sehr erfolgreich. Trotz strömenden Regens unterschrieben in weniger als einer Stunde 30 Leute gegen die Kriegsvorbereitungen und die Beteiligung der Bundeswehr. Für den Spendenfonds wurden 35 Mark gesammelt, die zur Herstellung weiterer Flugblätter und Plakate verwendet werden.

Vor allem junge Menschen waren besorgt, dass jetzt auch der Rassismus in Deutschland zunehmen würde und erklärten ihre Bereitschaft, gegen den Krieg aktiv zu werden.

Für den Tag X ist geplant sich um 17 Uhr auf der Domplatte zu versammeln.

Mannheim

Tag X: 18 Uhr, Paradeplatz

Rostock

Mehrere Infostände und kleinere Kundgebungen wurden in Rostock organisiert.

Bei einer SchülerInnenkundgebung mit 1.500 TeilnehmerInnen war die SAV die einzige Partei und konnte 80 Mark zur Produktion von Material gegen den Krieg sammeln. Sehr viele junge Leute waren begierig nach den Flugblättern der SAV.

Bei einem antifaschistischen Jugendbündnis, in dem die SAV mitarbeitet, haben wir den Vorschlag reingereicht, am Tag X eine Demo zu machen.

Treffpunkt ist um 18 Uhr auf dem Doberaner Platz. Mehr als 240 Plakate wurden bereits geklebt.

Die allgemeine Stimmung ist sehr stark geprägt von Entsetzen und Wut über die Anschläge. Gerade ältere Leute lehnen einen Krieg strikt ab, bei den jüngeren Leuten ist es gemischt. Viele sagen, das man sich das ja nicht gefallen lassen darf – kommen aber auch bei unseren Argumenten in´s Grübeln.

Siegen

Am 18. September haben SAV-Mitglieder bei einer Antikriegsdemo mit 3.000 SchülerInnen eingegriffen, wo es von den SchülerInnen zwar positive Resonanz gab, aber einige LehrerInnen und ältere Leute uns verbal angegriffen haben, weil es ja nur um einen Trauermarsch/Demo ginge. Der Leiter des Zentrums für Friedenskultur hat dort zur Wehrdienstverweigerung aufgerufen und die Rolle der amerikanischen Regierung im Kosovakrieg deutlich gemacht. Die konservative „Siegener Zeitung" hat daraufhin einen massiven Angriff auf ihn gestartet. „Politischer Rattenfänger", „Missbrauch von unschuldigen SchülerInnen", „Skandal", „Eklat", „Betroffenheit nach Redeeklat" und so weiter. Wir werden mit Leserbriefen und Pressemitteilungen von wi! und SAV reagieren.

Auf der Demo in Hamburg am 16. September

Stuttgart

Die SAV beteiligte sich am 20. September an einer Kundgebung von Widerstand International, zu der 200 Menschen kamen.

Für den Tag X rufen SAV und wi! zur Demonstration um 18 Uhr auf dem Schlossplatz.

Trier

Tag X: 14 bzw. 18 Uhr auf dem Trierer Hauptmarkt

Oldenburg

Tag X: 18 Uhr, Rathausmarkt

Straßenaktion der SAV Köln gegen den Krieg

Spendet für Aktionen gegen den Krieg!

Die Bundesregierung hat beschlossen, drei Milliarden Mark für die Verschärfung der Inneren Sicherheit auszugeben, die US-Regierung hat nach den Anschlägen beschlossen, 20 Milliarden US-Dollar auszugeben, doch nur ein kleiner Teil soll an die Opfer gehen, der weitaus größte Teil ist für Militäraktionen gedacht. Gleichzeitig läuft die Propagandamaschine der Herrschenden auf Hochtouren. Wir sollen auf einen langen Krieg mit vielen Toten vorbereitet werden. Die Herrschenden meinen es ernst, wenn sie solche Anstrengungen unternehmen.

Die Mittel der KriegsgegnerInnen sind dagegen bescheiden. Keine Zeitung, kein Fernsehsender verbreitet die Meinung der KriegsgegnerInnen. Einzig allein das eigen produzierte Material gibt die Möglichkeit Gegeninformation zu verbreiten.

Jedes Plakat, jedes Flugblatt das dem Kriegswahnsinn entgegensteuern soll, kostet jedoch Geld. Jede Kundgebung und Demonstration, die organisiert wird, erfordert Geld für Mobilisierung und Durchführung.

Auch die Mittel der SAV sind gering. Die SAV finanziert sich einzig allein aus den Beiträgen der Mitglieder und den Spenden, die wir für unsere Arbeit sammeln.

Die SAV hat bereits die Initiative für Aktionen gegen den Krieg ergriffen und wird weitere ergreifen. Wir beteiligen uns an Bündnissen gegen den Krieg. Wir planen Hintergrundmaterial, aber auch Mobilisierungsmaterial zu produzieren. Dafür brauchen wir jede mögliche Hilfe.

Alle Mitglieder und UnterstützerInnen der SAV sind aufgefordert Geld für Aktionen gegen den Krieg zu spenden. Jede Spende zählt. Ob 10, 50 oder 500 Mark, jede Mark wird uns helfen. Für 10 Mark lassen sich zum Beispiel 250 Flugblätter drucken. Für 500 Mark können 2000 Plakate gedruckt werden.

Gleichzeitig müssen wir dringend unsere technische Ausstattung verbessern, um schnell reagieren zu können. So benötigen wir sofort einen neuen Kopierer, da unser altes Gerät dem Druck der Anforderungen nicht mehr gewachsen war.

Eine Spende von einer Unterstützerin aus Aachen in Höhe von 600 Mark ist bereits in den ersten Tagen nach dem Anschlag bei uns eingegangen. 2000 Plakate gegen den Krieg konnten dafür gedruckt werden.

Holger Dröge, Finanzabteilung

Spendet an:

VORAN, Kontonummer: 2500 59 430, Postbank Essen (BLZ 360 100 43), Stichwort: „Aktionen gegen den Krieg"

SAV aktiv gegen Ausverkauf städtischer Wohnungen

Am 3. Juli hat die Mehrheit von CDU, FDP und Republikanern im Kölner Rat beschlossen, die beiden städtischen Wohnungsgesellschaften GAG/Grubo an ein Immobilienunternehmen zu verkaufen.

Dies ist die größte Wohnungsprivatisierung, die es jemals in einer bundesdeutschen Großstadt gegeben hat. 42.500 Wohnungen mit 100.000 MieterInnen sollen damit auf einen Schlag an den freien Immobilienmarkt ausgeliefert werden.

Der Mieterverein, unterstützt von SPD und den Gewerkschaften, hat unmittelbar danach ein Bürgerbegehren gestartet. Der Bürgerentscheid bindet Rat und Verwaltung, wenn er eine Mehrheit findet und diese Mehrheit mindestens 25 Prozent aller Wahlberechtigten ausmacht. Für Köln heißt das, dass sich bei einem Bürgerentscheid rund 143.000 WählerInnen per Abstimmung an einem Tag an einer Wahlurne gegen einen Verkauf der Wohnungsgesellschaften aussprechen müssen.

Die SAV hat von Anfang an dafür argumentiert, dass keine Illusionen in das Bürgerbegehren geschürt werden dürfen und diese Mittel nicht ausreichen, um den Widerstand gegen die Wohnungsprivatisierungen zu organisieren. Sie hat argumentiert, dass es darauf ankommt, alle MieterInnen der betroffenen Wohnungsgesellschaften, alle anderen MieterInnen in Köln sowie die Beschäftigten der Wohnungsgesellschaften zu organisieren.

Die SAV hat deshalb den Anfang gemacht für die „Initiative gegen den Verkauf von GAG/Grubo". Über diese Initiative wurden bereits zu der Ratssitzung, bei dem der Grundsatzbeschluss zur Privatisierung gefällt wurde, 50 MieterInnen aus einem Stadtteil mobilisiert. Aus anderen Stadtteilen waren spontan 100 MieterInnen gekommen.

Die „Initiative gegen den Verkauf von GAG/Grubo" ist inzwischen die Initiative, in der sich stadtweit Leute zusammenschließen, die aktiv werden wollen. Andere linke Parteien und Gruppen arbeiten konstruktiv mit Mieterräten und anderen Privatisierungsgegner in dieser Initiative zusammen. Mitglieder der Initiative haben eine Rolle dabei gespielt, den Protest von 300 MieterInnen bei einer CDU-Veranstaltung zu kanalisieren und dafür gesorgt, dass nach dem Versuch der CDU das Mittel des Rassismus einzusetzen, die ganze Veranstaltung frühzeitig beendet werden musste. Mitglieder der Initiative verließen den Saal und alle folgten.

Die SPD ist im Kölner Stadtrat inzwischen in der Opposition. Gerade in Stadtteilen, wo GAG/Grubo-Wohnungen konzentriert sind hatte die SPD bei den Kommunalwahlen 1999 die größten Einbrüche. Die SPD-Spitze witterte die Chance durch Opposition gegen den Verkauf von GAG/Grubo Wahlunterstützung zurückzugewinnen.

Bei einer stadtweiten SPD-Versammlung Anfang Juli unternahm die Kölner SPD-Spitze den Versuch, die Partei zu agitieren für Kampagnefähigkeit und Rückkehr zur sozialen politischen Kraft in Köln. Es wurde das Ziel ausgegeben, dass jeder Ortsverein 1000 Unterschriften für das Bürgerbegehren sammeln soll. 48.000 Unterschriften sollten dadurch allein durch die SPD zusammenkommen.

Aber es zeigt sich, dass die SPD nicht mehr kampagnefähig ist. Sie hat nicht mehr die Truppen, die sich auf die Straße stellen. Hinzu kommt, dass viele Leute nicht bereit sind, bei der SPD Unterschriften abzugeben, weil sie wissen, dass sie nicht ernsthaft Mieterinteressen vertritt.

Im Gegensatz dazu erleben wir als SAV eine ungeheure Offenheit. Durch unsere Arbeit in der Kampagne leisten wir nicht nur einen Beitrag im Kampf zur Verhinderung der Wohnungsprivatisierung.

Wir haben auch die Chance sozialistische Ideen zu verbreiten und uns als kämpferische Kraft bekannt zu machen. Wir gehen davon aus, dass wir dadurch auch neue Mitstreiter für die SAV gewinnen.

Ursel Beck, Köln

Die SAV beteiligte sich an einem Protest vor dem Kölner Rathaus gegen Privatisierungspolitik

Nachrichten aus der Internationale

Die SAV ist Mitglied im Komitee für eine Arbeiterinternationale (CWI – Committee for a Workers International). Das CWI setzt sich für die internationale Einheit der ArbeiterInnen ein und organisiert grenzüberschreitende Gegenwehr und Solidarität. Ziel ist die weltweite Abschaffung des kapitalistischen Profitsystems und der Aufbau einer Föderation sozialistischer Demokratien. Das CWI hat Parteien und Gruppen in über 30 Ländern auf allen Kontinenten.

USA

Margaret Collins, Beschäftigte im Gesundheitsbereich und Mitglied der Socialist Alternative in den USA (die US-Sektion des CWI) war Augenzeugin der Terror-Anschläge. Sie berichte:

„Ich war gerade draußen auf der Straße in Greenwich Village und ich sah wie Teile des ersten World-Trade-Center-Turms zusammenbrachen. Ein Mann stand neben mir, der anscheinend unter Schock stand. Er sagte, er arbeite im World Trade Center und er war heute zu spät dran zur Arbeit, alle seine Kolleginnen und Kollegen seien tot. Als er mit mir sprach, sah ich den zweiten Turm komplett zusammenbrechen. Brennende Menschen sprangen aus den Fenstern.

Ich ging zum Bellevue Krankenhaus, um Blut zu spenden. Tausende taten das gleiche. Ich werde mich dort als Freiwillige melden, da sie nach Pflegepersonal suchen, um in den Krankenhäusern auszuhelfen."

Übrigens rufen Beschäftigte im Gesundheitsbereich in New York (!) zu einer Demonstration gegen den Krieg auf.

Die US-Schwesterorganisation der SAV beteiligte sich in verschiedenen Städten an Aktionen gegen die Kriegsgefahr, darunter in Seattle. Dort kamen 5.000 zu einer Friedenskundgebung, zu der die katholische Kirche aufgerufen hatte. Weitere 1.000 kamen zu einer Anti-Kriegs-Demonstration, zu der Friedens- und sozialistische Organisationen aufgerufen hatten.

Auf einer Veranstaltung in San Francisco, die 3-4.000 anzog, verkauften CWI-Mitglieder 50 Exemplare ihrer Zeitung Justice und verteilten 1.000 Flugblätter.

Am 20.9. fand ein erster nationaler Aktionstag gegen den Krieg statt.

An mindestens 40 High Schools und Universitäten wurden Aktivitäten durchgeführt, darunter eine Veranstaltung auf Inititative der Socialist Alternative in Oberlin, an der über 500 teilnahmen. Auch in Minneapolis waren 180 auf einem Treffen, das ebenfalls von der Socialist Alternative organisiert wurde.

Adresse: CWI, PO Box 3688, London E11 1YE, GB
Tel.: 0044 20 8558 5814
Fax : 0044 20 8988 8793
e-Mail: CWI@worldsoc.co.uk
www.worldsocialist-cwi.org

Solidaritätspreis 3,– DM

VORAN

Gegenwehr, Solidarität, Sozialismus

VORAN Nr. 228 Oktober 2001 1,– DM Solidaritätspreis 3,– DM

www.sav-online.de
SAV
info@sav-online.de
✆030-24723802

Wahlen in Berlin

Gegen Sozialabbau und Rassismus

Vor gut drei Monaten ist die Große Koalition nach zehn Jahren unsozialer Politik endlich zerbrochen. Hinterlassen hat sie 78 Milliarden Mark Schulden – durch Korruption, Vetternwirtschaft und eine Politik im Interesse der großen Konzerne.

Von Katja Raetz, Berlin

Zwei Drittel aller Industriearbeitsplätze sind im Ostteil der Stadt nach der kapitalistischen Wiedervereinigung vernichtet worden. In Gesamtberlin wurden im Öffentlichen Dienst ein Viertel aller Stellen abgebaut, vor allem durch Privatisierungen. Heute sind offiziell 15 Prozent arbeitslos, die Quote der SozialhilfeempfängerInnen ist doppelt so hoch wie in anderen Bundesländern. Doch wenn immer wieder das Lied vom „Sparen" ertönt, gilt das nicht für alle: So bekam DaimlerChrysler das Grundstück auf dem Potsdamer Platz nur für ein Zehntel des üblichen Preises und zahlte in den letzten Jahren kaum noch Steuern. Für Prestigebauten wurde und wird jede Menge Geld verprasst: Von der Olympiabewerbung bis zum Tiergartentunnel, von der Spreeverlegung bis zum Großflughafen. Tag für Tag erhalten die Banken 11,2 Millionen Mark von Berlin. Allein damit ließen sich alle Schulen und LehrerInnen finanzieren.

Gegen Stellenstreichungen und Privatisierungen

Doch durch die Massenarbeitslosigkeit gibt es Steuerausfälle. Diese Steuerausfälle, zusammen mit Prestigeobjekten und Unternehmergeschenken, führen zu weiterer Verschuldung des Berliner Haushalts. Statt sich das Geld nun da zu holen wo es ist, bei den Banken und Konzernen, werden weitere Stellen abgebaut, was zu noch mehr Steuerausfällen führt. Ob CDU, SPD, FDP, Grüne oder PDS: Alle sind für weitere Privatisierungen und Stellenabbau im Öffentlichen Dienst. Auch Entlassungen werden nicht mehr ausgeschlossen. Die SAV steht konsequent gegen jeden Sozialabbau und jede Privatisierung, die immer zu Lasten der arbeitenden Bevölkerung, der Arbeitslosen, RentnerInnen und Jugendlichen gehen. Statt wie bisher Stellenabbau und Privatisierungen mitzutragen, muss die Führung der Gewerkschaft im Öffentlichen Dienst, ver.di, endlich ihre Mitglieder dagegen mobilisieren. Dafür macht die SAV Druck. Gemeinsam mit anderen versucht die SAV schon vor den Wahlen Proteste gegen Sozialkürzungen, Privatisierung und Arbeitsplatzabbau zu organisieren.

Den Korruptionssumpf trockenlegen

Während die 15.000 Beschäftigten der Bankgesellschaft um ihre Arbeitsplätze bangen, versüßen sich Landowsky & Co. ihren vorzeitigen Ruhestand mit astronomisch hohen Übergangszahlungen und Altersrenten. Der bisherige Bürgermeister Diepgen bekommt ein Ruhegeld von 180.000 Mark im Jahr. Wir fordern: Alle an Korruption und Vetternwirtschaft beteiligten Politiker und Unternehmer müssen mit ihrem Vermögen für die Schäden haften. Die SAV setzt sich für eine öffentlich tagende, von den arbeitenden Menschen gewählte, Untersuchungskommission der Vorfälle ein.

Keine Stimme den Nazis

Die Wut auf die Abzockerei versuchen die Faschisten für sich auszunutzen. Mit Sprüchen wie „Korrupte Politiker in den Knast" oder „Deine Rache NPD" gehen NPD und Republikaner auf Stimmenfang. Doch das sind nur Phrasen: Die NPD bekennt sich in ihrem Programm zu einem „freien Unternehmertum" und die Republikaner wollen „mehr Freiraum für Lohn- und Arbeitszeitvereinbarungen". Die NPD mobilisiert für den 3. Oktober mit den so genannten „freien Kameradschaften" zu einem Aufmarsch. Nazis sind eine Gefahr für ImmigrantInnen, AktivistInnen und GewerkschafterInnen. Sie wollen die demokratischen Rechte abschaffen. Deshalb mobilisiert die SAV zur Gegendemonstration (Lehniner Platz), um gemeinsam mit anderen den Nazi-Aufmarsch zu verhindern.

Berlin rüstet auf

Derzeit sind viele Menschen geschockt von den Terroranschlägen in den USA und haben Angst vor der Spirale der Gewalt. Jetzt wurden für Berlin „Sicherheitsmaßnahmen" beschlossen. Für 13 Millionen Mark soll die Polizei nun zusätzlich ausgerüstet werden – sicher nicht zum Schutz der kleinen Leute. Immer wieder schützt die Polizei faschistische Aufmärsche – so am 1. Mai in Hohenschönhausen. Bei Demonstrationen von linken Organisationen oder ImmigrantInnen wird dagegen immer wieder provoziert, um einen Vorwand für Verhaftungen zu haben. Auch die Repression gegen ImmigrantInnen und Linke nimmt zu: so wurden jetzt alle StudentInnen der Technischen Universität, die aus dem arabischen Raum kommen, vom Verfassungsschutz überprüft. Auch eine Rasterfahndung soll durchgeführt werden, das heißt alle Menschen aus bestimmten Ländern gelten erst mal als pauschal verdächtig.

Sozialistische Alternative

Auch wenn die Kürzungsvorhaben des rot-grünen Senats in den Hintergrund geraten sind, sind sie weiter aktuell. Gerade wurden aus Geldmangel zwei Schwimmbäder geschlossen. Nach den Wahlen wird es, egal welche der etablierten Parteien den Senat stellen werden, Sozialkürzungen in nie dagewesenem Ausmaß geben. Das haben alle Parteien bereits angekündigt. Deshalb müssen wir uns schon jetzt darauf vorbereiten und uns organisieren. Trotz ihres sozialistischen Anspruchs verbleibt auch die PDS in der kapitalistischen Logik. Die Folge ist, dass sie ebenfalls Privatisierungen, Arbeitsplatzvernichtung und Sozialabbau befürwortet. Zitat PDS-Wahlprogramm: *„Wir sagen deutlich: Schmerzhafte Einschnitte werden unvermeidlich sein, vieles wird sich ändern."*

Alexandra Arnsburg

Antje Zander

Leonie Redler

SAV-Mitglieder kandidieren für die Demokratische Linke – DL für die Erststimme zum Abgeordnetenhaus im Prenzlauer Berg

SAV Sozialistische Alternative

Wählen allein reicht nicht

Für die SAV sind die einzigen "Sachzwänge" die Erfüllung der Bedürfnisse der Masse der Menschen. Die SAV verbindet den Kampf gegen den sozialen Kahlschlag mit dem Kampf für eine grundlegend andere, sozialistische Gesellschaft. Das heißt nicht für ein System wie in der DDR, wo eine kleine bürokratische Clique herrschte, sondern für eine demokratische Planung und Verwaltung der Gesellschaft durch die arbeitende Bevölkerung selbst.

Wir rufen alle auf, beim Aufbau einer Partei mit zu helfen, die sich konsequent für die Interessen der Arbeitenden und Jugendlichen einsetzt und für eine Gesellschaft frei von Armut, Ausbeutung und Kriegen kämpft. Die SAV bietet dafür einen Anfang – Mach mit! ■

- **Für einen Haushalt nach den Bedürfnissen der ArbeitnehmerInnen und Jugendlichen, in dem die Banken und Konzerne zu Kasse gebeten werden**
- **Für ein öffentliches Investitionsprogramm und Neueinstellungen in den Bereichen Bildung, Soziales, Umwelt, Gesundheit, Nahverkehr**
- **Gegen Korruption und Selbstbedienung: Für ArbeitnehmervertreterInnen mit durchschnittlichem Arbeitnehmerlohn ohne Privilegien**

Informieren & aktiv werden: ✆ 030/440 84 29, eMail: berlin@sav-online.de

Aktiv gegen den Krieg

Auch in Berlin ist die SAV gegen den Krieg und gegen die rassistische Politik des Senats aktiv. Wir sind Teil des Anti-Kriegs-Bündnisses, das die erste Großdemo gegen den Krieg organisiert hat.

Wir unterstützen die Jugendgruppe widerstand international! – wi! bei den Vorbereitungen für einen Schülerstreik am Tag X (dem Beginn des Krieges).

Mach mit bei der *SAV*

Ich möchte ...

❒ **... weitere Informationen über die SAV**
❒ **... Mitglied der SAV werden**

Name, Telefon

Adresse

Ich möchte die VORAN abonnieren:

❒ zehn Ausgaben zu 25 MARK
❒ ein Förderabo mit einer monatl. Spende von ___ MARK bezahlen
❒ zusätzlich ___ Exemplare zum Weiterverkaufen

Name, Telefon

Adresse

Einsenden an: Sozialistische Alternative, Littenstr. 106/107, 10179 Berlin, Fax 030-24723804, e-mail: info@sav-online.de

Nazi-Aufmarsch verhindern!

Gegendemo: 3. Oktober, 11 Uhr, Lehniner Platz